

Wir Berlinerinnen

März 2010

Nr. 108

Liebe Ladies,

nur drei Monate hatten wir sie, die EKD-Vorsitzende *Margot Käßmann*. Gewiss, es erscheint fast schon absurd, dass eine kluge Frau wie sie sich in Kenntnis ihrer Prominenz und damit als jederzeit willkommenes Opfer der medialen Öffentlichkeit alkoholisiert ans Steuer setzt. Gewiss, sie hat damit sich und andere gefährdet und zudem zweifelsfrei gegen unsere Rechtsordnung verstoßen. Der Verstoß gegen die Gesellschaftsordnung kommt hinzu: Es ist nun einmal mit unseren Moralvorstellungen nicht zu vereinbaren, dass ausgerechnet *das* Gesicht der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Fastenzeit – die bei Protestanten allerdings keine unumstößliche ist – gegen das einmal von ihr selbst aufgestellte Gebot, bis Ostern auf Alkohol zu verzichten, verstößt. Aber ebenso gewiss ist, dass die nunmehr Ex-Vorsitzende und Ex-Bischöfin zum Vorbild geworden ist. Ihr schneller und schnörkelloser Rücktritt wird künftig der Maßstab für Kirchen(männer) wie für Politiker sein.

„*Margot Käßmann - Aufstieg einer Sünderin*“ titelte gerade der „*Spiegel*“. Selten ist ein Portrait in diesem Magazin so von Empathie durchdrungen gewesen wie das der Kirchenfrau. Mag es ruhig um *Margot Käßmann*, die „einfache“ Pastorin, in nächster Zeit werden, ich bin sicher, sie nutzt diese, um Kraft zu sammeln und – hoffentlich – bald zurückzukommen, in welches Amt auch immer.

Viel zu lange ruhig ist es schon um eine andere Frau, um *Zenat Karsai*. Afghanistans First Lady war einmal Hoffnungsträgerin und Vorbild für viele unterdrückte Frauen in ihrem Land. Die Gynäkologin mit eigener Praxis und ohne Burka machte sich für die Gleichberechtigung stark. Jetzt ist ihre Stimme verstummt und sie ist auch nicht mehr an der Seite ihres Mannes in der Öffentlichkeit zu sehen. Auf die Frage der Frauenrechtlerin *Shahida*, die sie kürzlich zuhause besuchte, warum das so sei, soll sie geantwortet haben: „Mein Mann mag das nicht. Ohne seine Erlaubnis darf ich nicht ausgehen.“

Liebe Ladies, wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, damit solche Frauen nicht verstummen – weder *Zenat Karsai* noch *Margot Käßmann*.

Herzlichst
Ihre



Berlin e.V.



LandesFrauenRat

Rückblick

LFR im Februar

♦ Mädchen liegen bei den Schulleistungen inzwischen vor den Jungen und machen tendenziell bessere Abschlüsse. In diesem Zusammenhang ist bereits von einer Benachteiligung von Jungen durch unser Schulsystem die Rede. Vor diesem Hintergrund widmete sich das LFR-Plenum am 22. Februar 2010 dem Thema „Soziales Lernen für Mädchen und Jungen als Beitrag für eine gendergerechte Schule“. Die Teilnehmerinnen der von der LFR-Mitgliedsorganisation Frauen + Schule Berlin/Brandenburg vorbereiteten Veranstaltung konnten nach engagierten Vorträgen von Margot Wichniarz und Christin Grohn-Menard selbst erleben, wie sich „Soziales Lernen“ anfühlt: Bei einer Übung führten zwei Frauen gemeinsam einen Stift, um Haus, Sonne, Baum, Blumen und Katze zu malen – ganz schön knifflig, denn dabei durften sie sich nicht per Sprache verständigen. Eine schöne Erfahrung, die die Frauen mit nach Hause nahmen.

Wenige Tage später, am 25. Februar, feierte die neue Veranstaltungsreihe „Einflussreiche Kunstagentinnen“ im Schloss Schönhausen Premiere. Zahlreiche an Kunst und Kultur Interessierte waren der Einladung des LFR und seiner verschiedenen Partnerinnen gefolgt und zeigten sich von Schloss und Vortrag beeindruckt. Die Veranstaltungsreihe ist eine Anerkennung für publizistische Leistungen von Frauen in der Wissenschaft und gleichzeitig Kreativwirtschaft, indem ihnen ein öffentliches Forum für ihre Gedanken, Ideen und Forschungsergebnisse geboten wird. Entdeckungen und Wissenszuwächse, Bekanntes und Unbekanntes sollen auch künftig im Kontext der Berliner Geschichte vorgetragen werden. Dafür bietet das Schloss Schönhausen die geeignete Kulisse – ist es doch Geschenk von Friedrich II. an seine Gemahlin Königin Elisabeth Christine (1715-1797), die im Sommer hier lebte. *sbr*

Inhalt

Thema

Aktionstage im Frühjahr 2010:
Frauentag, Equal Pay Day, Girls' Day Seite 7 bis 12

LFR Aktuell

Jahreshauptversammlung 2010 Seite 4
Gespräch mit Staatssekretärin Seite 5
LFR beim Üpfi-Neujahrsempfang Seite 5
Vortrag zur Entgeltgleichheit Seite 6

Berlin

Auszeichnungen Seite 14
Gebärmutterentfernung Seite 14
10 Jahre AVIVA-Berlin Seite 15
Tagung „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ Seite 15
JUMP-Mentorinnen gesucht Seite 16
BIG mit positiver Bilanz Seite 16
BUG will Präzedenzfälle schaffen Seite 17
Maßnahmepaket für Akzeptanz Seite 17

Frauenpolitik national

Datenbank „Jungs willkommen!“ Seite 18
Lidl und Mindestlöhne Seite 18
Vorteil für Alleinerziehende Seite 19
ADS hat neue Leiterin Seite 20

Frauenpolitik international

Gleichstellungsinstitut eröffnet Seite 21
Nationalversammlung für Frauenquote Seite 21

Verbände auf einen Blick

60 Jahre BPW Club Berlin Seite 22
Neujahrsempfang der Frauen-Union Seite 22

Rubriken

Impressum Seite 2
LFR unterwegs Seite 3
Neue Studien Seite 13
Neues aus dem UCW Seite 6/12
Tipps Seite 16
Aufgespießt Seite 23

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de
www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Mechthild Rawert, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.
Erscheinungsdatum: 2.03.2010

Auf ein Neues: Start ins Jahr 2010!

♦ **Eric Schweitzer** und **Stephan Schwarz**: ein eingespieltes Duo. Beim sechsten gemeinsamen Neujahrsempfang von IHK und Handwerkskammer am 8. Januar traten die beiden Präsidenten als routinierte Wechselredner auf. Der Alba-Chef, Hausherr im Ludwig-Erhard-Haus, durfte beginnen und tat dies mit einem Lob auf die Berliner Wirtschaft: Diese habe 2009 „recht gute Standfestigkeit“ bewiesen. Sein Amtskollege und GRG-Chef übernahm dafür den Part des Kritikers: Ihn hatte im vergangenen Jahr das „zunehmende Misstrauen“ der rot-roten Landesregierung gegenüber der Privatwirtschaft geärgert, die sich offenbar „für den besseren Unternehmer“ halte. Wirtschaftsminister **Harald Wolf** (Linke) nahm diese Worte sichtlich gelassen hin. Ohne ein wenig Senatsschelte war noch keine Kammerversammlung zum Jahresauftakt gewesen.

Neujahrsbrunch
der SPD-Fraktion

Der Regierende Bürgermeister ließ es sich nicht nehmen, am 9. Januar zum Neujahrsbrunch der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu kommen. Gut gelaunt hielt **Klaus Wowereit** mehr als drei Stunden lang Hof und auch seine Senatsmitglieder waren fast vollzählig trotz Schneegestöbers in die „Kalkscheune“ gekommen. Die Wirtschaftsvertreter der Hauptstadt, am Abend zuvor noch im Ludwig-Erhard-Haus versammelt, waren zahlreich in der neuen, doch traditionsreichen Location hinter dem Friedrichstadtpalast erschienen. Die Unternehmensberaterinnen **Jutta Glock** und **Regina Seidel** widmeten sich ebenso der Kontaktpflege wie Volksbank-Chef **Holger Hatje** oder die RBB-Direktoren **Hagen Brandstätter** und **Nawid Goudarzi**, die sich vor allem über das Wiedersehen mit ihrer früheren Kollegin **Hannelore Steer** freuten. Einzig der Präsident des Berliner Fußballverbandes, **Bernd Schulz**, schaute etwas sorgenvoll aus dem Scheunfenster, wobei nicht klar war, ob er sich um die Beispielparkeit der Sportplätze Sorgen machte oder um die Zukunft von Hertha BSC.

Neujahrskonzert in der
Bayerischen Vertretung

Wer beschwingte Wiener Walzerseeligkeit beim Neujahrskonzert der Bayerischen Vertretung in Berlin erwartet hatte, wurde enttäuscht. Das Bayerische Staatsorchester unter Leitung seines legendären Dirigenten **Kent Nagano** hatte sich am 11. Januar für **Peter Eötvös** und **Anton Bruckner** entschieden. Das 2008 aufgeführte Werk des einen, Ungar und Jahrgang 1944, wurde von etlichen der 2.500 geladenen Gäste schlicht als Kakophonie eingestuft, das des anderen, Österreicher und Jahrgang 1824, empfanden viele aufgrund seiner schieren Dauer von über einer Stunde als zu anstrengend. Ganz offensichtlich war die Bereitschaft, sich mit Musik „auseinander zu setzen“, zum Jahresbeginn noch nicht allzu ausgeprägt. Das hielt aber kaum jemanden davon ab, später vom Konzerthaus am Gendarmenmarkt in die Bayerische Vertretung in der Behrenstraße zu wechseln. Dort stärkten sich Politikerinnen wie **Mieke Senftleben** (FDP) und **Edeltraut Töpfer** (CDU) bei Bier und Frankenwein ebenso gerne wie der ungarische Botschafter **Sandor Peisch** mit Ehefrau **Judit**. Gastgeberin **Emilia Müller**, bayerische Staatsministerin, war sichtlich zufrieden. Wie sie die riesige Gästeschar in der Landesvertretung unterbrachte und so vorzüglich verpflegte, bleibt ihr Geheimnis.

Neujahrsempfang der
Bürgerstiftung Berlin

„Stillstand ist Rückschritt“ dozierte **Bernd Schultz**. Der mahnenden Worte des Hausherrn der Villa Grisebach hätte es gar nicht bedurft. Die gut 100 Gäste des Neujahrsempfanges der Bürgerstiftung Berlin am 14. Januar machten keineswegs den Eindruck, als würden sie gerne stillstehen. Das taten sie dann aber doch, als die Vorstandsvorsitzende der Stiftung, **Heike Maria von Joest**, nach eigener Einschätzung „total aufgeregt“ verkündete, dass der hochangesehenen Institution nunmehr ein Kapital von 330.000 Euro dank Zustiftungen und Spenden zur Verfügung

stehe. Außerdem seien inzwischen 300 Ehrenamtliche für die Bürgerstiftung tätig. Geschäftsführerin **Helena Stadler** sah man an, dass Wohltaten auch mit viel Arbeit verbunden sind. Ihrer guten Laune tat das aber keinen Abbruch. Bester Stimmung war auch Kulturstadtssekretär **André Schmitz**, dem unter anderem Mäzenin **Ruth Cornelsen** zum neuen Intendanten der Deutschen Oper, **Dietmar Schwarz**, gratulierte. **Maren Heinzerling**, „Zauberhafte Physik“-Dozentin im Ehrenamt, sonnte sich im Glanz ihres frisch verliehenen Bundesverdienstkreuzes und die Rechtsanwältin **Heidi** und **Karlheinz Knauth** bewunderten die beeindruckenden Exponate der in der Villa beheimateten exklusiven Galerie. Ein bisschen Stillstand oder besser: Stillstehen war dann doch noch nötig. **Marianne Birtler**, Chefin der gleichnamigen Behörde, sprach über die Freuden des Stiftens, um dann geradezu emphatisch einen Blick 20 und einige Jahre mehr zurück zu tun. Ihr Fazit: Rückblick ja, aber ohne Rückschritt.

Neujahrsempfang des HBB
in Potsdam

Matthias Platzeck war hoch zufrieden, konnte er doch in der Ansprache seiner Vorrednerin vier Mal das Wort „Optimismus“ zählen. Tatsächlich hatte **Karin Genrich**, Präsidentin des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg (HBB), in ihrer Begrüßung Zuversicht verbreitet und sogar das zu Ende gegangene Jahr 2009 als „besser als erwartet“ bezeichnet. Keiner der 400 Gäste am 19. Januar erhob an dieser Stelle Widerspruch. Überhaupt schienen die Mitglieder des HBB an der Arbeit ihrer Präsidentin, der einzigen in Deutschland, und des Hauptgeschäftsführers, **Nils Busch-Petersen**, nicht nur nichts auszusetzen zu haben, allenthalben war durchaus Lob zu hören. Und besser als der brandenburgische Ministerpräsident hätte man es nicht ausdrücken können: „Berlin ist bedeutend, aber Brandenburg ist schön“, waren seine Schlussworte.

Juliane von Friesen

Jahreshauptversammlung zum Auftakt

♦ Mit der Jahreshauptversammlung ist der LandesFrauenRat Berlin am 25. Januar ins Jahr 2010 gestartet. Den Mittelpunkt der Tagesordnung bildete dem Anlass entsprechend der Bericht des Vorstandes über die Arbeit im zurückliegenden Jahr 2009, das ganz im Zeichen des Jubiläums „30 Jahre LFR – Frauen bewegen Berlin stand“.

Aus dem Bericht geht hervor, dass dem LFR Berlin seit dem 1. Januar 2010 insgesamt 45 Mitgliedsorganisationen angehören. Zum Jahresende 2009 ist der Deutsche Evangelische Frauenbund aus dem Dachverband der Berliner Frauenorganisationen ausgeschieden, da er sich aufgelöst hat (siehe Kasten).

Der Bericht informierte über Veranstaltungen des LFR im UCW, wie die regelmäßigen Mitgliederversammlungen und die Podiumsdiskussion „Frauen sind MehrWert: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ zur Frauenmesse 2009, sowie die Veranstaltungen mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern, wie zum Beispiel das äußerst erfolgreiche Symposium in der Niederländischen Botschaft mit EWMD und VdU zu „Frauen in Führungspositionen“. Wichtiger Bestandteil waren zudem Informationen über die Gremienarbeit – die LFR Berlin ist in der Konferenz der Landesfrauenräte (zwei Delegierte), dem RBB-Rundfunkrat (Juliane von Friesen), dem Frauenpolitischer Beirat (Anneliese Wolf), dem Berliner Familienbeirat (Juliane von Friesen) und

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung gaben Martina Arnold (unten) und Heidi Ramlow (rechts) „Mordgeschichten“ zum Besten.



Ihre nachdenklich machenden und humorvollen Geschichten wurden mit viel Applaus bedacht. Beide gehören dem Autorinnennetzwerk „Mörderische Schwestern“ an. Internet-Info: www.13schwestern.de.

Foto (2): Röhrbein

der Kommission Berliner Freiwilligenpass (Juliane von Friesen) vertreten. Die Zusammenarbeit mit dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg wird in regelmäßigen Vorstandstreffen im Frühjahr besprochen. Herausragende gemeinsame Veranstaltung war 2009 das Gespräch mit der früheren Berliner Frauensensorin und Bundesfrauenministerin Dr. Christine Bergmann zu „20 Jahre friedliche Revolution – 20 Jahre Mauerfall“ im Oktober im Rathaus Pankow (auf Einladung der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten Heike Gerstenberger). Die Aktivitäten im Rahmen des Jubiläumsjahres fanden mit dem verbandsinternen Beisammensein anlässlich der Jahreshauptversammlung 2009 ihren Auftakt. Das Angebot der eigens

organisierten Stadtführungen für Frauen fand leider nicht die erwartete Resonanz, wenngleich die wenigen Teilnehmerinnen stets begeistert waren. Dafür war das Ehemaligentreffen am Gründungstag, dem 9. Juli, im Rathaus Schöneberg auf Einladung der Gleichstellungsbeauftragten Ursula Hasecke ebenso gut besucht wie der Festakt auf Einladung der Chefin der Senatskanzlei, Barbara Kisseler, im Berliner Rathaus. Viele Aktive von einst und heute nutzten die Gelegenheit, sich einmal wiederzusehen und auszutauschen. Am Festakt nahmen zahlreiche Politikerinnen und Verbandsvorsitzende sowie Vertreterinnen und Vertreter der LFR-Kooperationspartner teil, die einer beeindruckenden Prof. Dr. Gesine Schwan mit vielfachem Applaus für ihren Festvortrag dankten.

Der Ausblick auf 2010 schloss den Vorstandsbericht ab: So wird die LFR-Website bedingt durch notwendige technische Anpassungen neu gestaltet. Die Mitgliedsorganisationen werden im Frühjahr über neue Möglichkeiten zur Pflege ihrer Unterseiten informiert. In Vorbereitung sind zwei neue Veranstaltungsreihen – eine Vortragsreihe im Schloss Schönhausen in Zusammenarbeit mit den Liberalen Frauen und der Galerie Aujourdhui (Premiere war am 25. Februar) sowie Diskussionsrunden mit und in Botschaften, die in Zusammenarbeit

weiter auf Seite 5

Dank an Evangelischen Frauenbund

♦ Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat dem Deutschen Evangelischen Frauenbund Berlin für seine Jahrzehnte lange aktive Mitarbeit im LandesFrauenRat gedankt. „Wir haben den evangelischen Frauen viel zu verdanken, denn 1979 gehörten sie zu den Gründungsmitgliedern des LFR Berlin. Umso bedauerlicher ist es, dass sich Ihr Bund im Jahr unseres 30-jährigen Jubiläums aufgelöst hat“, heißt es in ihrem Schreiben an die letzte Berliner DEF-Vorsitzende Marlene Siefert.

„Manchmal ist ein Bruch nicht schlecht, um sich neu auf seine Stärken zu besinnen. Und so hoffe ich, dass sich recht bald tatkräftige Frauen finden, die Ihren traditionsreichen Verband in Berlin mit neuen Ideen und neuem Mut wiederbeleben,“ so der Brief weiter. Abschließend sicherte Juliane von Friesen den evangelischen Frauen „jede Unterstützung zu, die wir als Dachverband für eine mögliche Neugründung geben können“.

sbr

Gespräch mit Staatssekretärin

♦ Bei einem Gespräch Mitte Februar auf Einladung von Almuth Nehring-Venus hat der LFR-Vorstand die Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen über die geplanten LFR-Aktivitäten 2010 informiert. Dabei hat er auch ein schon lange gehegtes Vorhaben vorgestellt: Eine modulare Seminarreihe für Frauen, die sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Initiativen engagieren wollen. Die Senatsverwaltung wird eine Förderung dieses Vorhabens prüfen. Almuth Nehring-Venus freute sich als Mitglied des Fördervereins insbesondere über die neue Veranstaltungsreihe „Einflussreiche Kunstagentinnen“ im Schloss Schönhausen.

Die Staatssekretärin stellte ihrerseits die Pläne der Senatsverwaltung für 2010 vor: Dazu gehören eine Veranstaltung mit der Initiative Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) zu genau diesem Thema am 12. April und eine Fachtagung, bei der die Situation von Alleinerziehenden im Mittelpunkt stehen soll, am 30. Juni. Bei einer gemeinsamen Tagung mit der Se-

natsfinanzverwaltung am 16. und 17. September wird das Thema „Gender Budgeting“ debattiert. Ferner soll es eine Diskussion zu „Gender Mainstreaming und Jugend“ geben. Im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm wird derzeit eine Internetplattform eingerichtet, auf der sich Interessierte über Inhalte, Schwerpunkte und die Umsetzung informieren können. Abschließend vereinbarten die LFR-Vorstandsfrauen mit der Staatssekretärin über die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) und die Landesvergabeverordnung weiter im Gespräch zu bleiben. In diesem Zusammenhang verwies Almuth Nehring-Venus auf das bevorstehende Anhörungsverfahren zur LGG-Novelle im Abgeordnetenhaus.

Sie sagte außerdem zu, den LandesFrauenRat am Montag, dem 17. Mai 2010, zu besuchen. Bei der um 18 Uhr beginnenden LFR-Mitgliederversammlung will sie einen „aktuellen Abriss“ geben und zur Diskussion über anstehende Fragen einladen.

sbr

LFR beim Üpfi-Neujahrsempfang

♦ Die Zusammenarbeit klappte prima: Bevor beim Neujahrsempfang der Üpfi das Netzwerken begann, verteilte deren Sprecherin **Carola von Braun**, frühlingshaft Blumensträuße an Neuköllner Stadtteilmütter, an Geburtstagskind **Anke Domscheit** (ab 8. März Berliner Frauenpreis-Trägerin), sowie an die fabelhafte **Isabel Neuenfeldt**, Akkordeonistin und Sängerin des Abends – und die LFR-Vorsitzende durfte ihr assistieren. Die strahlende Carola von Braun hatte zwar ihre Hüftoperation hervorragend überstanden, aber die Gehhilfe störte ein wenig beim Griff nach den Blumen. Deswegen übernahm Juliane von Friesen, zuvor herzlich willkommen geheißen, das Zureichen der Frühlingsboten. Wie attraktiv das von seiner Sprecherin gegründete Berliner Netzwerk mittlerweile ist, zeigte sich an der langen Gästeliste mit fast 300 Frauen. Diese nutzten das Treffen im

Festsaal des Abgeordnetenhauses mitten im Berlinale-Taumel so wie im Programm vorgesehen zum Netzwerken. Allerdings war keinesfalls programmgemäß um 21 Uhr Schluss. Das wäre auch angesichts des wunderbaren „Seidenfaden“ – Buffets und der keineswegs an Aschermittwoch gemahnenden Getränkeauswahl schade gewesen – von den zahlreichen Möglichkeiten zu intensiver Kontaktpflege ganz zu schweigen. Diese nutzten denn auch die LFR-Vorstandsmitglieder ausgiebig, unter ihnen **Gisela Brokamp**, **Andrea Spangenberg** und **Mechthild Rawert**. Letztere wurde allein schon wegen ihres neugestylten windschnittigen roten Haarschopfs von vielen angesprochen, aber natürlich suchte frau beim Neujahrsempfang der Üpfi zu einem Mitglied des Bundestages nicht nur deswegen Kontakt.

Juliane von Friesen

weiter von Seite 4

mit dem EWMD und der früheren Frauenstaatssekretärin Susanne Ahlers stattfinden werden (Auftakt im Spätsommer). Darüber hinaus plant der LFR ein Tagesseminar zum Thema „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr“ und wird ein Projekt „Frauen und Integration“ in Zusammenarbeit mit seinen in diesem Themenfeld aktiven Mitgliedsorganisationen initiieren (hierfür zeichnet Mechthild Rawert verantwortlich). Lust but not least wird es Aktionen zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung geben – zusammen mit anderen Landesfrauenräten voraussichtlich mit dem Schwerpunkt „Alleinerziehende“ und in Zusammenhang mit einer Kampagne des Deutschen Frauenrates.

Vorschlag zur Satzungsänderung

Bei der Jahreshauptversammlung legte der LFR-Vorstand auch Vorschläge für eine Satzungsänderung vor: Hintergrund dafür ist die Beobachtung, dass einige Delegierte nicht ausreichend an ihre Mitgliedsorganisationen angebunden sind. Ein Workshop zur Verbesserung der verbandsinternen Kommunikation im Mai 2009 hatte dies bestätigt. Die Teilnehmerinnen hatten unter anderem die Prüfung einer Satzungsänderung angeregt mit dem Ziel, den Informationsfluss zwischen dem LFR und den Mitgliedsorganisationen zu verbessern. Der LFR-Vorstand hat daraufhin Änderungsvorschläge entwickelt, die sich auf die §§ 4, 5 und 7 der LFR-Satzung vom 13.06.2005 beziehen. Die Vorsitzenden und Präsidentinnen der LFR-Mitgliedsorganisationen sollen bei ihrem nächsten Treffen mit dem Vorstand ebenfalls über die geplante Änderung informiert werden. Alle Mitgliedsorganisationen haben dann mehrere Monate Zeit, mögliche Änderungen zu diskutieren und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Bereits bei einer regen Diskussion während der Jahreshauptversammlung wurden einige Anregungen thematisiert, die in die Entscheidungsfindung mit einfließen sollen. Die neue Satzung soll im zweiten Halbjahr 2010 beschlossen werden.

sbr

Neues aus dem UCW

UCW bekommt einen Treffpunkt

♦ Pünktlich zum 8. März 2010, dem internationalen Frauentag, werden dank der Lotto-Stiftung Berlin um 16 Uhr am Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) in der Sigmaringer Straße 1 in 10713 Berlin, „UCW-Infobox & Coffee“ von Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen eingeweiht. Bei Musik und guter Stimmung sowie Essen und Trinken begrüßen außerdem Monika Pollmeier von der PAWIAN gGmbH und die Vorsitzende des UCW-Fördervereins Monica Schümer-Strucksberg die Gäste der Eröffnungsfeier. Auch die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte Christine Rabe freut sich über den neuen Treffpunkt. Mit seinen 45 Angeboten von A wie Architektur über Bildung, Computerkurse, Finanzberatung, Gesundheitsangebote, Jobvermittlung, Kosmetik, Marketing, Recht, Steuern, Tourismus, Unternehmensberatung bis W wie Werbung und vielem mehr sei das UCW zu einer bekannten, guten Adresse im Bezirk geworden. „Alle Räume sind weiterhin ausgebucht. Da einige Unternehmerinnen nach der Existenzgründung das Haus wieder verlassen, nehmen wir weiterhin Bewerbungen entgegen“ berichtet die Gleichstellungsbeauftragte. „Ebenso bieten wir den Konferenzraum und den Turnsaal für Veranstaltungen an.“

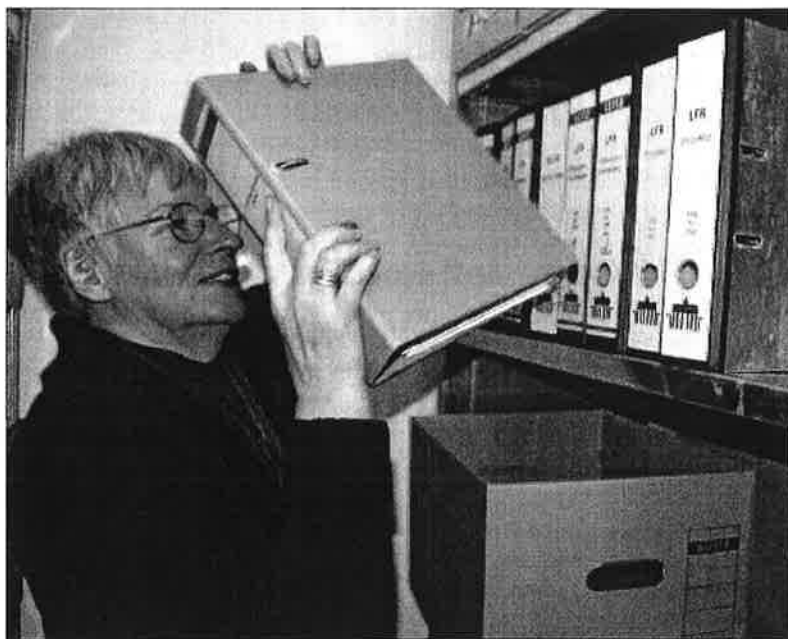
Der Weiße Elefant, eine Einrichtung der PAWIAN gGmbH, wird die UCW-Infobox mit einem kleinen gastronomischen Angebot betreiben. Künftig können Gäste des Hauses, Passanten und Interessierte erfahren, welche Angebote die UCW-Mieterinnen bereit halten, welche Veranstaltungen im Hause stattfinden und welche Netzwerke entstanden sind. Auch Material des LFR Berlin liegt in dem Treffpunkt aus – so zum Beispiel die Festschrift zum 30-jährigen Jubiläum 2009.

Internet: www.ucw-berlin.de

Entgeltgleichheit - Einladung zum Vortrag

♦ Bei der nächsten Mitgliederversammlung des LFR Berlin am Montag, dem 22. März 2010, um 18 Uhr im UCW ist Prof. Dr. Friederike Maier, Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, zu Gast. Das Institut hat in der Vergangenheit mit Stellungnahmen und Diskussionspapieren vielfach zu einer sachgerechten Diskussion über das Thema „Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern“ beigetragen – zum Beispiel mit dem Forschungskonzept „Quantifizierung der innerbetrieblichen Entgeltdiskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“. Andere Veröffentlichungen des Instituts beziehen sich auf selbstständige Frauen in Berlin, die Arbeitsmarktsituation von Ökonominen im Wandel oder genderbezogene For-

schung in Studium und Lehre. Friederike Maier gilt als Expertin zur Problematik „Entgeltgleichheit“. Anlässlich des Internationalen Frauentages und des Equal Pay Day 2010 wird sie sich in ihrem Vortrag beim LFR mit der aktuellen Situation beschäftigen und verschiedene Lösungsmöglichkeiten referieren. Dabei werden auch die Konsequenzen eine Rolle spielen, die sich bei Lohndiskriminierung aus dem AGG ergeben. Das Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung wurde im Februar 2001 gegründet und trägt den Namen der britischen Ökonomin und Vorreiterin der Frauenbewegung Harriet Taylor Mill (8.10.1807-3.11.1858). Friederike Maier, ist Diplomvolkswirtin und promovierte 1987 an der FU Berlin, seit 1992 ist sie Professorin an der HWR Berlin.



2009 haben der LFR Berlin und das Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ) einen Archivalien-Schenkungsvertrag unterzeichnet, der vorsieht, dass Altakten des LandesFrauenRates zu Dokumentationszwecken künftig in dem Archiv aufbewahrt werden. Inzwischen sind fast 20 Ordner aufbereitet worden, so dass Interessierte beim Tag des Archivs am 7. März 2010 auch einen Blick in Dokumente des Dachverbandes der Berliner Frauenorganisationen werfen können (im Bild: FFBIZ-Leiterin Ursula Nienhaus bei der Übernahme der LFR-Akten). Das FFBIZ lädt unter der Überschrift „Brigitte, Cosmopolitain, glamour & Co – oder 920 andere (internationale) Frauenzeitschriften kennenlernen!“ in der Zeit von 14 bis 17 Uhr in seine Räume ein. Es hat sein Domizil im Haus des Archivs der Heinrich Böll Stiftung – Grünes Gedächtnis –, Eldenaerstraße 35 III, 10247 Berlin, Telefon: 32 10 40 35. Internet-Info: www.ffbiz.de

Foto: sbr

Aktionstage im Frauenmonat 2010

♦ Vor 100 Jahren, am 27. August 1910, beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen die Einführung eines jährlichen Internationalen Kampftages: Der Internationale Frauentag, International Women's Day, feierte am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz Premiere. Mit dem Datum bezogen sich die Frauenrechtlerinnen auf den Vortag – der 18. März war von jeher Gedenktag für die Gefallenen der Märzrevolution 1848. Am 8. März 1917 – nach russischem Kalender am 23. Februar – streikten in Sankt Petersburg die Arbeiter- und Soldatenfrauen des armen Stadtviertels Wyborg und lösten damit die Februarrevolution aus. Zu Ehren der Frauen in dieser Revolution führte die Zweite Internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau den 8. März als internationalen Gedenktag ein.

Noch heute wird der Frauentag weltweit am 8. März auf unterschiedlichste Weise begangen. Auch in die-

sem Jahr: In Berlin und Brandenburg kann diskutiert, gefeiert und demonstriert werden – zum Beispiel am 8. März ab 18 Uhr ab S-Bahnhof Panikow bei der „Frauen-Lesben-Trans-Demo zum Frauenknast“. International tätige Organisationen fordern weltweite Frauensolidarität (Kasten rechts). Die Brandenburgerinnen blicken auf 20 Jahre Frauenwoche zurück (Kasten unten) und in Tempelhof-Schöneberg feiert der Frauenmärz Silberjubiläum. Unter dem Motto „Jipp! 25 Jahre Frauenmärz“ findet wieder eine ganze Veranstaltungsreihe statt – mit einer Info-Börse am 5. März ab 18 Uhr im Gemeinschaftshaus Lichtenrade, VHS-Angeboten, Vorträgen, Lesungen und Politischen Gesprächsrunden, wie zum Beispiel am 11. März um 19.30 Uhr im Nachbarschaftscafé, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin, zum Thema „Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Weniger Geld?“ unter anderem mit der LFR-Vorstandsfrau und SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert.

Internet: www.frauenmaerz.de

20. Brandenburgische Frauenwoche

♦ Unter dem Motto „Wir unternehmen was – weiblich wirtschaften und solidarisch handeln“ eröffnet am 5. März die traditionelle Brandenburgische Frauenwoche. Die landesweite Auftaktveranstaltung für die inzwischen 20. Auflage findet im LINDNER Congress Hotel, Berliner Platz in 03046 Cottbus in der Zeit von 10 bis 17 Uhr statt.

Die Tagung gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Teil werden dem Motto entsprechend die Themenschwerpunkte Frauenkompetenz in der Finanzkrise, Aspekte nachhaltigen Wirtschaftens und die Notwendigkeit der Veränderung des Arbeitsbegriffs aus alternativ-ökonomischer Sicht behandelt. Die mit erfolgreichen Akteurinnen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik besetzten Kreativworkshops im zweiten Teil haben das Ziel, positive Beispiele für nachhaltiges Wirtschaften sowie entsprechende Handlungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten aufzuzeigen und den Teilnehmenden

Raum für Diskussionen zu bieten. Ein Rückblick auf 20 Jahre Brandenburgische Frauenwoche illustriert deren Entwicklung und Bedeutung in Gegenwart und Zukunft. Mit gemeinsamen Gesprächen klingt die Veranstaltung aus. Als Gäste werden Günter Baaske, Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Frank Szymanski, Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, und Friederike Haase, die Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg erwartet. Hauptrednerin ist die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Gisela Notz. Die Fachtagung wird vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Cottbus und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg, durchgeführt. Informationen zur Tagung sowie den Aktionen und Veranstaltungen der Frauenwoche findet auch die interessierte Berlinerinnen unter www.frauenrat-brandenburg.de im Internet.

Solidarität mit Frauen in Indien

♦ Am Internationalen Frauentag 2010 geht es auch um schwesterliche Solidarität mit den Frauen, die in Entwicklungsländern in großer Armut leben. Der Marie-Schlei-Verein setzt seit 26 Jahren auf die gleichberechtigte Partnerschaft mit Frauenorganisationen und -gruppen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Dabei geht es um berufliche Qualifizierung, damit Frauen ein Auskommen mit ihrem Einkommen haben. Die Klima-, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise trifft auch Frauen in Entwicklungsländern, obwohl die Entwicklungsländer hierfür keine Verantwortung tragen. Frauen lernen deswegen nachhaltige Landwirtschaft, Gemüseanbau und Tierzucht, aber auch Handwerk und Computer in den Projekten des Marie-Schlei-Vereins und seinen Partnerinnen. Immer steht dabei die Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt. So engagieren sich zum Beispiel Inderinnen, um mit neuen Anbaumethoden die negativen Folgen des Klimawandels für sich zu begrenzen. Mit seinen 1,14 Milliarden Einwohnern ist Indien immer noch ein Land der großen Gegensätze: 44 Prozent der indischen Bevölkerung haben weniger als einen US-Dollar pro Tag zur Verfügung, in ländlichen Gebieten ist Unter- und Fehlernährung immer noch weit verbreitet. Das Chennai Ausbildungszentrum will an dieser Situation etwas ändern und einen Ausweg aus der Nahrungsmittel- und Klimakrise für die Frauen und ihre Familie finden. Die Frauen wollen gegensteuern und wieder traditionelle Getreidesorten anbauen wie Hirse, die auch bei weniger Regen einen guten Ertrag liefern. Deswegen sollen die Frauen aus dem Dorf Kilapakkam und anderen Dörfern in der Nähe von Chennai im Südosten Indiens im biologischen Anbau von Hirse geschult werden. Außerdem werden sie in der Weiterverarbeitung von Hirse unterrichtet.

Informationen zu diesem und weiteren Projekten finden Interessierte unter www.marie-schlei-verein.de im Internet.

Erster Berliner Gender-Datenreport

♦ Im September 2009 haben Bund und Länder auf der Grundlage einheitlicher Kriterien erstmals einen Gleichstellungs-Atlas veröffentlicht. Jetzt haben Harald Wolf (Linke), Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, und Prof. Ulrike Rockmann, Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, brandaktuelle Daten zur Situation von Frauen und Männern vorgelegt. Der erste Berliner Gender-Datenreport gibt Auskunft zu den Themenfeldern Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Gesundheit und politische Partizipation und kann im Internet abgerufen werden. Basis sind Grundlagendaten des Jahres 2009. „Der Senat arbeitet intensiv daran, dass die Anziehungskraft Berlins weiter wächst und Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht hier ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können“, betonte Senator Wolf bei der Präsentation des Datenreports. „Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter sind eng verbunden mit der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen. Dafür ist die sorgfältige Beobachtung der Entwicklungen in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen unabdingbar. Und genau hier setzt der Gender-Datenreport an“, erläutert er die Intention des Projekts. „Mit dieser Datensammlung können wir allen Interessierten eine Informations- und Arbeitsgrundlage zur Verfügung stellen, die regelmäßig aktualisiert wird und themenspezifisch ergänzt werden kann.“ Der Report wurde in direkter Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstellt. Damit repräsentiere er auch eine neue Form der Zusammenarbeit von Fachverwaltung und amtlicher Statistik, so Wolf. Die zur Verfügung gestellten Daten sind der Ausgangspunkt für weiterführende Analysen: „So zeigt sich deutschlandweit und auch in Berlin, dass zwar mehr Frauen als Männer die Studienberechtigung erwerben, sie diese aber deutlich seltener für ein Studium nutzen“, nannte Prof. Ulrike Rockmann ein Beispiel. „Von den Frauen, die 2007 die Schule mit einer

Studienberechtigung verließen, haben in den letzten zwei Jahren 61 Prozent ein Studium aufgenommen. Bei den Männern waren es 70 Prozent. Ein noch größerer Unterschied ist bei den Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife festzustellen: Hier haben 36 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer in den letzten zwei Jahren ein Studium begonnen. Diese Differenz wird auch nicht durch die Aufnahme eines Studiums im weiteren Lebenslauf ausgeglichen.“ So zeigen die Daten insgesamt, dass Berliner Mädchen und Frauen ausgesprochen erfolgreich in der Bildung sind. Im Jahr 2008 waren mehr als die Hälfte der Jugendlichen an Gymnasien sowie der Studienanfänger an Berliner Hochschulen weiblich. Auch die Anstrengungen von Senat und Hochschulen zur nachhaltigen Förderung der Chancengleichheit in der akademischen Qualifizierung tragen Früchte: So waren 2008 insgesamt 46 Prozent der erfolgreich Promovierenden und 47 Prozent der Juniorprofessoren Frauen. Mit einem Frauenanteil an den regulären Professuren

von 25,6 Prozent steht Berlin an der Spitze aller Bundesländer. Das seien gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft und eines hochwertigen Dienstleistungssektors in Berlin, heißt es aus der Senatsfrauenverwaltung. Und weiter: „Wie überall spiegeln sich diese Bildungserfolge jedoch noch nicht adäquat im Erwerbsleben wider. So wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen (knapp 70 Prozent) nicht nur durch die allgemein hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Teilzeitbeschäftigung (36,2 Prozent, ein Drittel davon unfreiwillig) beeinträchtigt.“ In Sachen Entgeltgleichheit bleibt ebenfalls einiges zu tun: Der bestehende Einkommensabstand zwischen den Geschlechtern liegt laut Gender-Datenreport in Berlin mit 18 Prozent bei den Bruttostundenlöhnen zwar unter dem Bundesdurchschnitt, ist aber weiter enorm, zumal er mit steigender Einkommensgruppe wächst. *sbr*

Gender-Datenreport im Internet:
www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender

Berliner Frauenpreis

♦ Den Berliner Frauenpreis 2010 kann Anke Domscheit (Jahrgang 1968) am 8. März aus den Händen von Frauensensor Harald Wolf bei der zentralen Veranstaltung des Landes Berlin zum Internationalen Frauentag im Goldenen Saal im Schloss Charlottenburg in Empfang nehmen. Dem Vernehmen nach soll die Entscheidung der Jury einstimmig gewesen sein. Die Spitzenmanagerin (McKinsey, Microsoft Deutschland) engagiert sich unter anderem im European Women's Management Development Network (EWMD) und tritt stets engagiert für Frauenrechte ein. So gehört sie zu den prominenten Verfechterinnen eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Vor der Preisverleihung, die um 18 Uhr beginnt, kann ab 17 Uhr die neue Ausstellung zu Königin Luise im Schloss Charlottenburg besichtigt werden.



Momentaufnahme vom LFR-Symposium zu Frauen in Führungspositionen im Februar 2009 in der Niederländischen Botschaft: die Preisträgerin Anke Domscheit. Foto: sbr

Rund um den Internationalen Frauentag 2010

Veranstaltungstipps

5.3.2010

„Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration!“ Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin Zeit: 16.30 bis 19.30 Uhr.

Internet: www.fes.de/forumpug/inhalt/aktuell.htm

7. und 8.3.2010

Berlinpremiere: Dokumentarfilm „Zuletzt befreit mich doch der Tod“ im Sputnik Kino (Höfe am Südster), Hasenheide 54, 10967 Berlin. Beginn an beiden Tagen: 18 Uhr.

Der Verein Wildwasser e.V. präsentiert den mehrfach preisgekrönten Film. Die Regisseurin Beate Middeke sowie eine Mitarbeiterin von Wildwasser werden zum anschließenden Filmgespräch anwesend sein (Moderation: Andrea Stosiek vom Kino Sputnik). Kartenreservierungen direkt im Kino unter Telefon: 694 11 47, Email: post@sputnik-kino.com. Hinweis von Wildwasser: Betroffene sexueller Gewalt mögen berücksichtigen, dass das Ansehen des Films erlebte Gewalterfahrungen aktualisieren könnte.

8.3.2010

Fraueninformationsbörse im Bürgeraal des Rathaus Zehlendorf, Eingang: Teltower Damm 18, 14169 Berlin. Zeit: 16 bis 20 Uhr.

46 Organisationen, Vereine und Initiativen stellen ihre Angebote für Frauen und Mädchen vor. Begleitet wird die zum fünften Mal stattfindende Veranstaltung durch musikalische Beiträge, Vorträge, Workshops und orientalische Leckereien.

Internet: www.steglitz-zehlendorf.de/frauenbeauftragte und www.infoboersen-fuer-frauen.de

10.3.2010

Erotische Salongespräch mit einer Lesung von Anna Mandalka aus dem Buch „So ist das, meine Schöne“ (Orlanda Frauenverlag). Ort: Familienplanungszentrum Berlin „BALANCE“, Mauritiuskirchstraße 3, 10365 Berlin Beginn: 19 Uhr.

Internet: www.fpz-berlin.de

Gedenktafel für Marie Munk

♦ Eine Gedenktafel zu Ehren von Dr. Marie Munk (4. Juli 1885 bis 17. Januar 1978) enthüllen der djb und Bet Debora am 8. März um 17 Uhr an der Auguste-Viktoria-Straße 64 in Berlin-Schmargendorf. Die Geehrte gründete 1914 in Berlin zusammen mit Dr. Margarete Berent und Dr. Margarete Mühsam-Edelheim den Deut-

schen Juristinnen-Verein, einen Vorgänger des Deutschen Juristinnenbundes (djbb), und kämpfte für die Zulassung von Frauen in juristischen Berufen. Sie war eine der ersten deutschen Rechtsanwältinnen und Richterinnen. 1933 wurde sie wegen „nicht arischer Abstammung“ in den Ruhestand versetzt.

Frauenzentren feiern „20 Jahre“

♦ Allen Grund zur Freude haben die vier Ostberliner Frauenzentren EWA, Frieda, Matilde und Paula Panke, die 2009 und 2010 jeweils ihr 20-jähriges Bestehen feiern – vier Frauenprojekte, vier soziokulturelle Zentren, die an vier verschiedenen Orten Berlins aufgebrochen sind, sich über Jahre kennen, immer wieder auch zusammenarbeiten und nun gemeinsam die „20“ begehen. Deshalb laden sie zu einer Festveranstaltung ein, um sich mit aktiven Frauen einst und heute an die aufregende Grün-

dungszeit zu erinnern, zurückzuschauen und neue Pläne zu schmieden. Die Festrede wird die frühere Senatorin und Bundesministerin Dr. Christine Bergmann halten, auf dem Podium werden interessante Gäste erwartet.

Die Veranstaltung mit Empfang, Podiumsdiskussion, musikalischem Salon und Ausstellung findet in der Zeit von 14 bis 20 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin statt.

sbr

Frauen aktiv gegen Atomenergie

♦ Die grundsätzliche Bereitschaft der neuen Bundesregierung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, ruft das Projekt „Frauen aktiv gegen Atomenergie“ auf den Plan. Die Umweltaktivistinnen wollen möglichst viele Atomkraftgegnerinnen für einen Aktionstag gegen Atomenergie am Internationalen Frauentag 2010 gewinnen, um eine Botschaft zu transportieren: „Frauen wollen den sofortigen Ausstieg!“ Angesichts technologischer und gesundheitlicher Risiken, ungelöster Probleme bei der Lagerung des Atomabfalls sowie der Verseuchung ganzer Landstriche durch den Uranabbau halte die Mehrheit der Bevölkerung am Atomausstieg fest. Darüber hinaus verhindere eine Laufzeitverlängerung den Ausbau erneuerbarer Energien. „Einzigste Nutznießer sind die Energiekonzerne die

mit jedem weiteren Tag, an dem Atomkraftwerke weiterbetrieben werden, Millionengewinne erzielen – und das Risiko tragen wir“ kritisieren die Aktivistinnen. Projektkoordinatorin Korte: „Wir wissen, dass Frauen eine treibende Kraft für den Atomausstieg sind. Um den Kampf gegen die Risikotechnologie erfolgreich zu Ende zu führen, müssen jetzt alle aufstehen und sich aktiv für den Ausstieg einsetzen.“ Zum Mitmachen biete der internationale Frauentag am 8. März 2010 einen guten Anlass. Deshalb soll er zum Frauenaktionstag gegen Atomenergie werden. Das Projekt „Frauen aktiv gegen Atomenergie“ stellt für Gruppen, die zum 8. März eine Aktion planen, Unterstützung zu Verfügung.

Mehr Informationen unter www.frauengegenatom.de im Internet.

26. März: Auf zum Equal Pay Day 2010!

♦ Am 26. März ist der Pariser Platz um die Mittagszeit wieder in ein Fahnenmeer und das knallige Rot von Frauentaschen getaucht: In der Zeit von 12 bis 14 Uhr findet die Kundgebung zum Equal Pay Day 2010 statt, zu der der Deutsche Frauenrat und der LandesFrauenRat Berlin alle Berlinerinnen einladen. Sie sind aufgefordert, für den Abbau von Lohnunterschieden von Frauen und Männern zu demonstrieren und ihrem Unmut über die erhebliche finanzielle Benachteiligung lautstark Luft zu machen. Die LFR-Mitgliedsorganisationen sind aufgerufen, sich mit Flaggen und Transparenten an der Aktion zu beteiligen, um der Versammlung zu noch mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Weitere Aktionen sind geplant: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Sozialverband Deutschland (SoVD) demonstrieren in der Zeit von 10 bis 15 Uhr für Entgeltgleichheit auf dem Potsdamer Platz und planen für 12.30 Uhr die Bildung einer Menschenkette bis zum Brandenburger Tor. Die Teilnehmerinnen der Versammlung auf dem Pariser Platz werden der Menschenkette entgegen gehen und sich dort einreihen.

Was ist genau geplant?

Die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers, wird die Versammlung auf dem Pariser Platz

um 12 Uhr eröffnen, gegen 12.30 Uhr wird die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen Teilnehmerinnen und Passanten auffordern, sich an der Menschenkette zu beteiligen. Bis um 14 Uhr besteht die Möglichkeit, mit den Aktiven für eine rasche

**equal
pay
day,-**

**Aktuelle Informationen zum
Equal Pay Day finden Sie unter
www.equalpayday.de im
Internet**

Überwindung der Entgeltungleichheit zu demonstrieren, miteinander ins Gespräch zu kommen und Frauen wie Männer von der Richtigkeit des Anliegens zu überzeugen. Der Equal Pay Day findet 2010 bereits zum dritten Mal in Deutschland statt. Bundesweit

steht dabei die Tatsache im Mittelpunkt, dass nach wie vor Frauen weniger Lohn oder Gehalt beziehen als Männer und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ noch immer nicht umgesetzt ist.

Nach der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 12. November 2009 „haben Frauen in Deutschland im Jahr 2008 mit durchschnittlich 14,51 Euro pro Stunde 4,39 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen verdient. Damit lag der Gender Pay Gap, das heißt der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern, wie bereits in den Vorjahren konstant bei 23 Prozent.“ Im europäischen Vergleich liegt Deutschland nach der letzten Veröffentlichung der Europäischen Kommission im Jahresvergleich 2007 an siebter Stelle und ist damit eines der Schlusslichter.

Der Equal Pay Day markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern als Zeitraum: Danach müssen Frauen bis zum 26. März arbeiten, um den Lohn zu erhalten, den Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres erhalten haben. Nur wenn in der Öffentlichkeit deutlich wird, dass viele das Anliegen des Aktionstages mittragen, werden Politik und Wirtschaft zügig handeln.

sbr



Rote-Tasche-Demo für gleichen Lohn im Portemonnaie. Foto: sbr

Ziele des Aktionsbündnisses

2009 hat sich ein nationales Aktionsbündnis formiert, das sich für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern einzusetzt. Dieses Bündnis will:

- ⇒ die Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland in die Öffentlichkeit tragen.
- ⇒ alle Akteurinnen und Akteure sensibilisieren und mobilisieren.
- ⇒ das Bewusstsein für die Ursachen von Entgeltunterschieden schärfen.
- ⇒ die unterschiedlichen Karrierechancen von Frauen und Männern in den einzelnen Berufen und Branchen darstellen und Wege zur Überwindung dieser Unterschiede aufzeigen.
- ⇒ sich für einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland einsetzen.
- ⇒ die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten von Frauen und Männern in einzelnen Berufen und Branchen darstellen und Wege aufzeigen, die zur Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern beitragen können.

Einkommen zum Auskommen: Aktion in den Bezirken

♦ Bekommen Sie, was Sie verdienen? Unter dieser provokanten Frage steht die Aktion der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Bezirke zum Equal Pay Day in diesem Jahr. Damit verbunden ist eine Aktion mit Geschäftsleuten, die Kundinnen am 26. März einen Rabatt in Höhe von 23 Prozent gewähren.

Rabatt für Frauen

„Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Damit ist Deutschland eines der Schlusslichter der Europäischen Union und belegt nach Ländern wie Spanien und Irland den viertletzten Platz“, erläutert Wirtschaftsstadtrat Marc Schulte (SPD) und die

Gleichstellungsbeauftragte Christine Rabe in Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sei nach wie vor nicht eingelöst. Deshalb rufen die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Kooperation mit den Frauen des BPW-Club Berlin Unternehmen, Geschäfte, Restaurants, Cafés dazu auf, Frauen am Equal Pay Day den Rabatt einzuräumen. Schulte und Rabe: „In anderen Städten, wie Mannheim und Trier, ist diese Aktion im letzten Jahr sehr erfolgreich sowohl für die Frauen als auch für die Unternehmen gelaufen. Außerdem rufen wir Frauen zur Beteiligung auf, indem sie am 26. März mit roten Taschen auf die roten Zahlen

in ihren Geldbörsen aufmerksam machen. Das Motto unserer Aktion lautet: Arbeiten für einen Lohn, der sich lohnt und ein Einkommen zum Auskommen, damit Frauen endlich bekommen, was sie verdienen.“ Unternehmen, die teilnehmen wollen, können sich per Mail an Christine Rabe gleichstellungsbeauftragte@charlottenburg-wilmersdorf.de oder an die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im jeweiligen Bezirk (via Bezirksamt) melden. Es soll jeweils eine Liste mit den Geschäften veröffentlicht werden.

sbr

Infos sind auch im Internet unter www.23-prozent.de zu finden.

Aktionen des BPW Berlin: Was können wir tun?

♦ Der BPW Club Berlin plant auch 2010 wieder mehrere Aktionen anlässlich des Equal Pay Day, dem Aktionstag für Entgeltgerechtigkeit. Am 26. März sind die BPW-Frauen um 12 Uhr mit ihren Fahnen und „Roten Taschen!“ bei der Demonstration auf dem Pariser Platz dabei. Um 18 Uhr beginnt dann der BPW-Think Tank zum Thema „Was können wir tun, um die Wertschätzung der Arbeit von Frauen zu steigern?“ Jede Frau, die Erfahrungen, Wissen und Methoden beisteuern kann, ist aufgerufen, diese mit anderen Frauen zu teilen. Bei dem Think Tank bieten verschiedene Frauen an unterschiedlichen Tischen Themen an, die mit der Fragestellung zu tun haben. Wer möchte, setzt sich dazu und steuert Inhalte bei. An all den Tischen wird parallel nachgedacht, die Ergebnisse werden gesammelt und am Ende zusammengetragen. Jederzeit ist der Wechsel an einen anderen Tisch möglich. „Dieses offene Format erlaubt es den Teilnehmerinnen, mit ihrer ganzen Motivation und ihrem ganzen Interesse bei einer Sache zu sein. So können sich wahre Wissensschätze entfalten“, erläutert die Berliner BPW-Vorsitzende Barbara Klose-Hecht den Ansatz.

Die Veranstaltung findet im Berliner Mark Hotel, in der Lounge der TATAKI



Sushi Bar, Meinekestraße 18-19, 10719 Berlin (Charlottenburg) statt. Der BPW Club lädt außerdem zu dem Workshop „Gehaltsverhandlungen“ ein. Dabei machen zwei Expertinnen am Dienstag, dem 30. März 2010, zu dem Thema fit. Beginn ist um 18 Uhr im Hotel „Mercure Berlin-Mitte“ statt. Interessierte sollten sich vorab unter www.bpw-berlin.de informieren, da noch einige Details offen sind.

sbr

Unterschriftenaktion

♦ Derzeit wird die Neuordnung der Büroberufe (Kaufleute für Bürokommunikation, Bürokaufleute und Fachangestellte für Bürokommunikation) vorbereitet. Die Arbeitgeberseite wolle diese Neuordnung dazu nutzen, auch in diesem Bereich zweijährige Ausbildungen einzuführen, so die IG Metall. Damit würde ein Billiglohnbereich eingeführt, der in erster Linie Frauen trifft. Aus Sicht der Gewerkschaft führen Kurzausbildungen in eine berufliche Sackgasse und erhöhen das Risiko von Arbeitslosigkeit. Deshalb gibt es jetzt eine Unterschriftenaktion, die sich insbesondere an das Ausbildungspersonal,

Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter/innen richtet. Damit soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Benachteiligung von Frauen durch eine Schmalspurausbildung zu verhindern. Eine erste Veröffentlichung mit Zwischenstand der Unterschriften ist zum Equal Pay Day geplant. Die Sammlung soll bis Ende Juni weiter gehen, anschließend werden die Unterschriften öffentlichkeitswirksam übergeben.

Informationen unter www.kaufleute.org, www.igmetall-wap.de und www.igmetall.de im Internet.

Neues aus dem UCW

Girlsday - alle Jahre wieder! Auch im UCW

♦ Am 22. April 2010 ist Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag! Schülerinnen ab Klasse 5 erleben an diesem Tag die Arbeitswelt in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen. Bereits zum vierten Mal beteiligt sich auch das UCW am Girls' Day: Margarete Krümpel – Die Finanzplanerin bietet einen Workshop zum Thema „Frauen und Finanzen“ an. In diesem Workshop werden nach einem Impulsreferat verschiedene Berufe, wie Börsenmaklerin, Versicherungsmaklerin, Bankkauffrau etc. vorgestellt. Die Mädchen erarbeiten dann Einzelheiten in Teams und präsentieren ihre Arbeitsergebnisse mit der Unterstützung eines Flipchartbogens und vielen Farben. Als Belohnung gibt es dann Eis und weitere feine süße Sachen! Aus ihrer Erfahrung berichtet Margarete Krümpel, dass nach der Präsentation lebhaft Diskussionen über die Vor- und Nachteile einzelner Berufe entstehen. Und die wichtigste Frage ist immer die nach der Höhe des Verdienstes. Das ist auch gut so; denn Frauen können GUT mit Geld umgehen – meist besser als Männer. Das ist weltbekannt und nachgewiesen!!



Informationen sind unter www.die-finanzplanerin.de und www.ucw-berlin.de im Internet zu finden. Kontakt-Tefefon 31 56 15 89, Mail info@die-finanzplanerin.de

Girls' Day-Preise für Schulen

♦ Bereits zum fünften Mal wurden Schulen und Einrichtungen, die beim Mädchen-Zukunftstag erfolgreich besondere Wege beschritten haben, mit den Girls' Day-Preisen geehrt. Der erste Preis in Höhe von 500 Euro ging an die Konrad-Wachsmann-Oberschule in Marzahn-Hellersdorf, über den zweiten Preis in Höhe von 300 Euro freut sich die Wolfgang-Borchert-Oberschule in Spandau. „Der Girls' Day ist eine Erfolgsgeschichte! Dieser Aktionstag hat sich zur weltweit größten und vielfältigsten Berufsorientierungsinitiative für Mäd-

chen entwickelt“, betonte Staatssekretär Jens-Peter Heuer bei der Preisverleihung. Beruf und Berufswahl seien noch immer eng mit der Geschlechtszugehörigkeit verbunden. „Diesen Zusammenhang können wir uns auf dem Weg in die Wissensgesellschaft nicht mehr leisten“, so Heuer. So sollen weitere geeignete Maßnahmen aufgezeigt werden, wie Mädchen und junge Frauen geschlechtersensibel an Naturwissenschaft und Technik heranführt und auf dem Weg in diese Berufsfelder unterstützt werden könnten.

Anmelden zum Girls' Day 2010

♦ „Meine Tochter kam eines Tages nach Hause und berichtete, dass in der Schule Einladungen für den Girls' Day und Informationen darüber verteilt wurden“, berichtet Karin Sommer, Mutter zweier Söhne und einer Tochter. Ihre Tochter Anja hat mehrfach am Girls' Day teilgenommen und studiert mittlerweile Technomathematik. „Sie kam ganz fröhlich zurück und sagte, dass es sehr interessant gewesen sei. Sie fand es toll, dass es die Möglichkeit gibt, sich verschiedene Betriebe anzusehen.“ Am 22. April 2010 ist der nächste bundesweite Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag. Zum zehnten Mal ermöglicht er Schülerinnen wertvolle Einblicke in Technik, IT, Naturwissenschaften und Handwerk. Durch den Aktionstag haben seit 2001 bereits über 900.000 Mädchen zukunftsorientierte Berufe erkunden können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind. Unternehmen und Organisationen tragen ihre Girls' Day Veranstaltungen unter www.girls-day.de ein, und die Mädchen finden über „Aktion suchen“ einen Platz in ihrer Nähe und können sich online oder telefonisch dafür anmelden. Im Bereich „Eltern & Berufsorientierung“ erhalten Väter und Mütter Hintergrundinformationen und Tipps. Interviews mit Eltern, deren Töchter über den Girls' Day ihren Beruf oder Studiengang gefunden haben, vermitteln Erfahrungen aus erster Hand. Als Hilfe für die Elternarbeit stellen Ex-



Sich mit Werkstoffen und an Maschinen ausprobieren können Mädchen beim Girls' Day.
Foto: www.girls-day.de

pertinnen und Experten aus Berufsberatung, Schule und Forschung eine Wissensbasis bereit. Seit Einführung des Girls' Day entwickeln sich die Zahlen der Ausbildungs- und Studienanfängerinnen in technischen Bereichen positiv. Mit über 21.000 Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften begannen zuletzt so viele Frauen wie noch nie ein Technikstudium. In zehn Prozent der beteiligten Unternehmen sind ehemalige Girls' Day-Teilnehmerinnen in technischen Berufen tätig. Mädchen und ihre Eltern können sich auf der Website www.girls-day.de informieren und direkt online anmelden. Gleiches gilt für Unternehmen, die jungen Frauen ihre Tätigkeit näher bringen wollen und dabei vielleicht das eine oder andere Talent entdecken.

Spitzenfrauen weiter unterrepräsentiert

♦ Elke Holst und Anita Wiemer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) haben erneut den Frauenanteil der Vorstände und Aufsichtsräte der großen deutschen Unternehmen untersucht. Die Bilanz ist gleichermaßen eindeutig wie ernüchternd: Die Vorstände der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland werden nach wie vor von Männern dominiert – mit erdrückender Mehrheit: Unter den insgesamt 833 Vorstandsmitgliedern befinden sich gerade einmal 21 Frauen, was einem Anteil von 2,5 Prozent entspricht. In den Vorständen der 100 größten Unternehmen unterschritt der Frauenanteil gar die Ein-Prozent-Marke – Frauen halten dort nur vier von 441 Sitzen – und bei den 50 größten findet sich schließlich nur ein einziges weibliches Vorstandsmitglied: Barbara Kux, die das Supply Chain Management bei Siemens leitet – sie ist die einzige Frau im Vorstand eines Dax-30-Unternehmens. Im getrennt untersuchten Finanzsektor (Banken und Sparkassen sowie Versicherungen) stellen Frauen ebenfalls nicht einmal drei Prozent der Vorstandsmitglieder – obwohl die Mehrheit der Beschäftigten in dieser Branche Frauen sind. „Für eine echte Trendwende braucht es verbindliche Regelungen mit klaren Sanktionen“, betont Elke Holst.

In den Aufsichtsräten sieht die Lage etwas besser aus – der Frauenanteil der Top200-Unternehmen stagniert hier allerdings seit Jahren bei etwa zehn Prozent. Im Finanzsektor ist der Anteil etwas höher. Aber: Die große Mehrheit der Frauen in den Aufsichtsräten wird nicht von der Kapitaleseite, sondern von Arbeitnehmervertretungen entsandt. Es bleibt also trotz aller Beteuerungen von Wirtschaft und Politik dabei: Frauen sind in den Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin massiv unterrepräsentiert.

Männerdominanz macht Frauen zu Außenseiterinnen

Die Ursache für die enorme Dominanz von Männern in Führungspositionen sehen die Autorinnen unter anderem in Geschlechterstereotypen und fehlenden Vorbildern. „Männer haben

eine viel größere Bandbreite von Rollenvorbildern, denen sie nacheifern können“, meint Elke Holst. Als Außenseiterinnen sei es für Frauen schwerer, in die einflussreichen „Old-Boys-Networks“ in den Spitzengremien vorzudringen. „Ein größerer Frauenanteil könnte für junge Frauen neue Vorbilder schaffen und zu einem Umdenken führen“, so die Wissenschaftlerin.

Ohne Sanktionen keine Trendwende

Das Problem sei kein rein deutsches, sondern bestehe – in unterschiedlichem Ausmaß – in vielen Ländern. Ein positives Beispiel bilde Norwegen, wo der Anteil an Frauen in den Aufsichtsräten inzwischen bei 42 Prozent liegt. Aber: In Norwegen wurden die Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Aufsichtsräte zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen. „Das Beispiel Norwegen zeigt, dass wir verbindliche Regeln brauchen, um den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich zu erhöhen“, so die DIW-Expertin. „Ohne verbindliche Regelungen wird es keine Trendwende geben.“

Für Elke Holst steht fest: „Wir brauchen eine nachhaltige Politik der Unternehmen, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Unternehmen sollten damit werben, dass sie einen hohen Frauenanteil haben. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen, die 2001 gemeinsam mit der Bundesregierung geschlossen wurde, kann bezüglich der Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen als gescheitert gelten.“ Ein verbindlicher Fahrplan mit festen Zielgrößen, klar zugeordneten Verantwortlichkeiten und Sanktionsmechanismen, Transparenz bei der Besetzung von Posten sind Empfehlungen der Expertin. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet.

Informationen zum Thema sind im DIW-Wochenbericht Nr. 4/2010 vom 27. Januar 2010 zu finden. Internet: www.diw.de

Selbstständige Frauen zufrieden

♦ 95 Prozent der Frauen sind mit ihrer Selbstständigkeit zufrieden. Das zeigt die jüngste Befragung des Vereins Frauenbetriebe Qualifikation für die berufliche Selbstständigkeit e. V. Die Tendenzen dabei sind klar: Eine Firma zu haben, ist eine echte Alternative, die Frauen verstärkt in Vollzeit betreiben, sie nutzen stärker Fremdkapital, differenzierte Beratungszugänge fördern ein frauenfreundlicheres Gründungsklima. Trotz Krise schätzen 73 Prozent der Befragten ihre weitere Firmenentwicklung als sehr gut oder gut ein, so ein weiteres Ergebnis. Frauengeführte Unternehmen sind klein, aber stabil, kreativ und wissensintensiv. Frauen bekunden immer mehr Interesse für Geschäftspartnerschaften, wählen die Selbstständigkeit verstärkt in Vollzeit und bevorzugen zunehmend öffentliche Fördermittel. Die Daten bestätigen hier den hohen spezifischen Bedarf an Mikrodarlehen für ihre Kleinbetriebe. „Mit ihren Unternehmen, in denen ihre sehr hohe Qualifikation gut aufgehoben ist, möchten Frauen ihre Tätigkeit selbst gestalten. Sie möchten aber auch ihre Existenz eigenständig sichern: Sie wirtschaften profitabel und erfolgreich“, erklärt Christiane Stapp-Osterod, geschäftsführender Vorstand des Vereins Frauenbetriebe.

Differenzierte Beratung

72,5 Prozent der Befragten, die sich nach der Frauenbetriebe-Beratung selbstständig gemacht haben, sind heute noch am Markt, und die Anzahl ihrer Angestellten steigt stetig mit der Dauer der Selbstständigkeit. Weitere Ergebnisse zeigen, dass eine besondere Differenzierung bei Profil und Beratung den Migrantinnen gilt. Das bestätige die Notwendigkeit, auf verschiedene Frauenzielgruppen ausgerichtete Qualifizierungsangebote zu entwickeln. Nur somit könnten ihre unausgeschöpften Potenziale aktiviert werden, meint Stapp-Osterod. Konsequenz: „Das heißt auch, dass die Politik frauengeführte Betriebe nicht mehr durch ein männlich geprägtes Bild des Unternehmertums betrachten darf.“

Alternativen zur Gebärmutterentfernung zu selten angeboten

♦ Im Jahr 2008 wurden in Deutschland 125.233 Hysterektomien (Gebärmutterentfernungen) bei gutartigen Erkrankungen durchgeführt, 101.000 davon aufgrund von Myomen oder Blutungsstörungen. Darauf hat kürzlich das Feministische FrauenGesundheitsZentrum (FFGZ) unter Berufung auf einen Bericht der Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung (BQS) hingewiesen. In England habe dagegen die Organisation „National Institute for Health and Clinical Excellence“ eine Leitlinie veröffentlicht, die unter anderem vorsieht, dass Frauen mit Myomen über alle Behandlungsalternativen aufgeklärt werden müssen. Als Folge davon wurden in England nur insgesamt 37.000 Hysterektomien aufgrund aller Indikationen durchgeführt – weniger als die Hälfte im Vergleich zu Deutschland, wo es solch eine Leitlinie nicht gibt. Das FFGZ stellt vor diesem Hintergrund fest, dass hierzulande immer noch zu oft die Gebärmutter entfernt wird, obwohl es bessere und schonendere Möglichkeiten gibt, und dass die FrauenärztInnen selten über die Alternativen dazu informieren. Inzwischen gibt es einige operative und nicht operative Behandlungsmöglichkeiten, die den betroffenen Frauen den schwerwiegenden und folgenreichen Eingriff ersparen könnten. Dazu gehört zum Beispiel die Myomembolisation. Neue Untersuchungen zeigen, dass Frauen nach solch einer Behandlung früher als nach einem operativen Verfahren in der Lage waren, ihrer Arbeit oder ihren alltäglichen Aktivitäten wieder nachzugehen. Das FFGZ berät Frauen umfassend zu diesem Thema.

Weitere Informationen sind im Frauengesundheitsportal www.ffgz.de zu finden.

Durchwahl zum LFR
030/785 70 10

Preis „Vorbildliche Praxis“ für FFGZ

♦ Das Feministische FrauenGesundheitsZentrum (FFGZ) hat allen Grund zur Freude: Beim 15. Kongress „Armut und Gesundheit“ Anfang Dezember 2009 in Berlin konnten die FFGZ-Frauen den Preis „Vorbildliche Praxis 2009 – Gesundheitsförderung“ entgegen nehmen, der gemeinsam von der BKK, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ vergeben wird. Der Kongress stand unter dem Motto „Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten älteren Menschen“ und richtete sich an Angebote für ältere Menschen ab 50 Jahren bis hin zu Hochbetagten. Auswahlkriterien für den Preis waren die Good

Practice-Kriterien des Kooperationsverbundes.

Ausgezeichnet wurde das Projekt „Älterwerden und Gesundheit – Die Patientinnenschulung“, das das FFGZ seit Januar 2004 mit großem Erfolg durchführt. Die Patientinnenschulung zielt darauf ab, sozial benachteiligte ältere Frauen und insbesondere Migrantinnen zu befähigen, eine bessere Gesundheitsinformation und -versorgung zu bekommen. Es will sie dabei unterstützen, mündige Patientinnen zu werden. Zentrale Anliegen sind die Erweiterung der Verständnis- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Stärkung der Selbsthilfepotenziale.

sbr

Auszeichnung für Reiseunternehmerin

♦ Das Netzwerk „Unternehmerinnenabend“ hat bei seinem Jahresauftakt am 22. Januar im Salon von „Rohnstock Biografien“ die Berliner Reiseunternehmerin Helga Schumann ausgezeichnet: für „unternehmerischen Mut, einen neuen, kaum unerforschten Weg zwischen üblichen Tourismusangeboten, Bildungsreisen sowie politisch-wirtschaftlich motivierten Besuchsreisen in fremde Länder – speziell für die Zielgruppe Frauen – zu beschreiten“,

hieft es in der Begründung. Die Unternehmerin bietet seit 2009 in Kooperation mit anderen Unternehmerinnen aus der Branche Frauenreisen in ferne Länder und Kulturen (Nahe Osten, Lateinamerika und Karibik) an, die neben touristischem Erleben, besondere kulturelle Einblicke erlauben sowie Austausch und Vernetzung mit Frauen aus anderen Kulturkreisen befördern.

Internet: www.weiter-reisen.de, www.unternehmerinnenabend.de

Hauptstadt für die Wissenschaft

♦ In diesem Jahr feiert Berlin seine Wissenschaften: Das Themenjahr „Berlin – Hauptstadt für die Wissenschaft 2010“ stellt die Wechselwirkungen zwischen der Wissenschaft und der Stadt in den Vordergrund. Anlass dafür sind die Jubiläen von fünf der ältesten und renommiertesten Wissenschaftseinrichtungen in der Hauptstadt: So feiert die Staatsbibliothek ihre Gründung vor 350 Jahren, die Charité ihre Gründung vor 300 Jahren, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ihr erstes Statut von 1710 und ihre Eröffnung 1711, die Humboldt-Universität ihre Gründung vor 200 Jahren und die Max-Planck-Gesellschaft die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft,

ihrer Vorläuferorganisation, vor 100 Jahren.

Im Themenjahr sind über die Jubiläen hinaus alle wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt und des Umlandes eingeladen, sich mit eigenen Projekten zu beteiligen. Über den Jahreslauf werden zahlreiche Veranstaltungen die Bedeutung von Wissenschaft in unserem Alltag aufzeigen. Zu den Höhepunkten zählt neben den Wissenschaftstagen Südwest und der Langen Nacht der Wissenschaften, die Ausstellung „Weltwissen“ im September im Martin-Gropius-Bau. Die Ausstellung bietet erstmals seit 1990 eine Zusammenschau der Gesamtberliner Wissenschaft in ihrer 300-jährigen Geschichte.

Jenseits von Kosmetik und Kochrezepten

Vor zehn Jahren ging AVIVA-Berlin online

♦ Seit Februar 2000 ist das Online-Magazin AVIVA-Berlin im Netz. Der Name verdeutlicht, worum es den Macherinnen geht: „Aviva“ bedeutet auf Hebräisch „Frühling“ und repräsentiert den Neuanfang. Ein Neuanfang in der Medienberichterstattung – das heißt: weg von der Konzentration auf Kosmetiktips und Kochrezepte in den Frauenmedien, hin zu einer ausgewogenen Darstellung vielfältiger Themen von Frauen und für Frauen. Von Herausgeberin Sharon Adler vor zehn Jahren am Küchentisch gegründet, hat sich das Portal in einem schwierigen Markt behauptet. Die LFR-Vorsitzende hat Sharon Adler im Namen des LandesFrauenRates zu 10 Jahre AVIVA-Berlin gratuliert. „Es gehört schon einiger Mut dazu, sich mit einem Frauenmagazin jenseits der üblichen Tipps und Trends

auf den Online-Markt zu wagen. Umso erfreulicher ist es, wenn sich innovative Ideen wie das Online-Magazin AVIVA erfolgreich durchsetzen“, schreibt Juliane von Friesen. AVIVA-Berlin habe zahlreiche Dauernutzerinnen von sich überzeugen können. „Das spricht für das richtige Gespür Ihrer Redaktion für die Bedürfnisse und Wünsche der Berlinerinnen, die Orientierung im Spannungsfeld von Arbeit, Familienleben und Freizeitgestaltung sucht und den Großstadtdschungel erobern will.“

Als Informationsplattform versammelt AVIVA-Berlin ein breites Angebot für die unterschiedlichsten Zielgruppen: Rezensionen aktueller Bücher, CDs, Filme, Ausstellungen und Theaterinszenierungen helfen bei der Orientierung im Kulturmarkt. AVIVA-Berlin informiert über gender- und kulturpo-

litische Entwicklungen, hinzu kommen Hinweise auf Konzerte und Lesungen sowie Interviews mit Frauen aus Politik, Kultur und Wirtschaft sowie tagesaktuelle Informationen über Weiterbildungsangebote, Kongresse, Messen und Diskussionen mit gendersensitiver Ausrichtung aus Berlin und dem Umland. Für die interkulturelle Ausrichtung des Online-Magazins steht beispielhaft der Fokus auf jüdisches Leben. Die Seiten sind übersichtlich und klar gestaltet – im Vordergrund steht stets die Information. Und so richtet sich das Themenspektrum nicht an eine bestimmte „Kategorie Frau“. Frauen mit Kindern finden ebenso Veranstaltungstipps wie Geschäftsfrauen oder Partylöwinnen.

sbr

Internet www.aviva-berlin.de

Tagung zu „Gute Arbeit für Alleinerziehende“

♦ Die Zahl der Alleinerziehenden in Deutschland wächst immer weiter: Aktuell gibt es bundesweit 660.000 Bedarfsgemeinschaften mit einem allein erziehenden Haushaltsvorstand, in Berlin werden allein 50.374 Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden gezählt, das sind 50,6 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften. Alleinerziehende und ihre Kinder leben mit einem hohen Armutsrisiko, ein überproportionaler Anteil von ihnen ist hilfebedürftig.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Frühjahr 2009 einen Ideenwettbewerb unter dem Motto „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ ausgeschrieben, der zur Aktivierung, Integration und Stabilisierung von Alleinerziehenden beitragen soll. Ziel ist, durch passgenaue Beratung und Qualifizierung ihre Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten zu erhöhen und die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung sowie Familie und Arbeit auszubauen. Sechs Berliner Projekte haben sich zusammengetan und waren mit ihrer Idee bei dem Wettbewerb erfolgreich. Jetzt ist eine Auftaktveranstaltung ge-

plant, bei der sich Beratungseinrichtungen, Ausbildungsträger, Mitarbeiterinnen von Bezirksämtern und JobCentern sowie öffentliche und freie Träger und nicht zuletzt Politikerinnen und Politiker auf Bezirks- und Landesebene über die neue Projektförderung in der Arbeit mit Alleinerziehenden informieren können. Am Mittwoch, dem 10. März 2010, besteht in der Zeit von 13 bis 16.30 Uhr im Rathaus Schöneberg die Möglichkeit, „ALFA-Netpoint“ kennenzulernen. Hinter dem Kürzel verbergen sich „Arbeit“, „Leben“, „Familie“ und „alleinerziehend“ sowie die Träger Ausbildungs- und Kulturzentrum e.V., LiSA e.V., MüLe – EJM gAG und Werk-Hof Zehlendorf e.V. Diese Projekte sind teils selbst Zusammenschlüsse mehrerer Träger. „Dadurch werden Arbeitsansätze möglich, die bisher noch nicht realisiert wurden. Neben der gezielten Beratungs- und Qualifizierungsarbeit mit den Alleinerziehenden direkt – zu 99 Prozent Frauen – wird es Angebote zur sozialen Stabilisierung des Umfeldes geben, zu denen unter anderem im Südwesten Berlins auch die Arbeit mit jungen

Vätern gehören wird“, stellt das Bündnis „ALFA-Netpoint“ seinen Ansatz vor.

Bei der Auftaktveranstaltung wird ein Mix aus Informationen, Überblick zu den Angeboten, Fachvortrag und dem Erfahrungsaustausch mit Praktikern und Praktikerinnen geboten. Dr. Marianne Vollmer (Vollmer Consulting Mannheim) wird über die „Übertragbarkeit von Familienkompetenzen auf die Arbeitswelt – Familienkompetenzen als Sprungbrett“ reden, die beteiligten Projekte stellen ihre individuellen Konzepte und Arbeitsschwerpunkte vor, genug Zeit und Raum für den praxisnahen Fachaus-tausch ist gegeben.

„Vom Europäischen Sozialfonds gefördert, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales getragen und von zahlreichen Trägern in Kooperation mit JobCentern in die Praxis umgesetzt wollen wir in den nächsten drei Jahren versuchen, die Situation Alleinerziehender umfassend zu verbessern“, heißt es.

sbr

Mehr Infos im Internet: www.alfa-netpoint.de

Tipps + Tipps + Tipps**Paten für Kinder psychisch kranker Eltern gesucht**

♦ Seit fünf Jahren gibt es das Patenschaftsangebot für Kinder mit psychisch erkrankten Eltern des Jugendhilfeträgers AMSOC - Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg e.V. Gerade konnten neue Paten geworben und Patenschaften vermittelt werden, und das soll gefeiert werden - verbunden mit einer Fachveranstaltung am 26. März 2010, bei der Interessierte das Patenschaftsangebot kennenlernen können. Veranstaltungsort ist der Friedrichssaal der Deutschen Bank AG in Berlin-Mitte, Unter den Linden 13-15, ab 11.15 Uhr.

Weitere Informationen und Anmeldung bis zum 17. März unter www.amsoc-patenschaften.de

OWEN-Tagung zur UN-Resolution 1325

♦ Aus Anlass des 10. Jahrestages der UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit veranstaltet OWEN - Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. in Kooperation mit dem Frauensicherheitsrat und dem Forum Ziviler Friedensdienst vom 24. bis 26. März die internationale Konferenz „GENDER COUNTS - 10 Jahre UN-Resolution 1325 - Bilanz, Herausforderungen und Perspektiven in Berlin. Im Mittelpunkt steht die Analyse verschiedener Erfahrungen bei der Umsetzung der Resolution. Fragen lokaler Akteurinnen und Akteure in Friedensprozessen, beim Aufbau demokratischer Gesellschaften in Postkonfliktregionen, bei der Weiterbildung und beim Einsatz militärischer und ziviler Einsatzkräfte in Interventionsländern werden ebenso besprochen. Die Tagung will die unterschiedliche Sicht von deutschen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und staatlichen Institutionen bündeln und Empfehlungen für politische Strategien entwickeln.

Nähere Informationen unter www.owen-berlin.de

JUMP-Mentorinnen gesucht

♦ JUMP - schon mal gehört? So nennt sich das „Jugend Mentoring Programm in Mathematik, Ingenieurwissenschaft, Naturwissenschaft, Technologie, Energie und Handwerk“ der Deutschen Telekom, kurz: JUMP in MINT. Auch 2010 stellen sich wieder 26 fachkompetente Frauen aus den verschiedenen Bereichen der Naturwissenschaften, der Technik und dem Handwerk der Herausforderung, Berliner Schülerinnen einen Einblick in ihren spannenden Berufsalltag zu geben. Für die im Mai 2010 beginnende nächste JUMP-Runde wünschen sie sich Verstärkung durch weitere Fachfrauen, die mit den Mädchen ein spannendes und interessantes Mentoring-Jahr erleben wollen.

„Als Mentorinnen begleiten wir interessierte Mentees auf einem Stück ihres Lebenswegs. Unser Ziel ist, dass sich die jungen Damen ihrer Stärken und MINT-Kompetenzen bewusst werden und sich zu selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln“, betonen die Unternehmerinnen. „Wir erreichen, dass sie über den Tellerrand der traditionell gewählten frauendominierten Berufe hinausschauen und Optionen für die eigene berufliche Zukunft – sei es Ausbildungs- oder

Studienplatz – in MINT-Themen ergreifen. Zusätzlich profitieren wir von den frischen Ideen und Ansichten der jungen Generation, die unseren persönlichen Horizont erweitern und in die Forschung der Unternehmen einfließen. Und natürlich schätzen wir die Kooperation im Netzwerk der Fachfrauen in MINT-Berufen!“, nennen sie die Vorteile des Programms.

Die beteiligten Mentorinnen weiter: „Als vorbildhafte Repräsentantinnen einiger Berliner Unternehmen und auch selbständige Unternehmerinnen unterstützen wir die Schülerinnen in Fragen der Berufsorientierung, stärken ihr Selbstbewusstsein und ermutigen sie zur Ergreifung eines MINT-Berufs. Jeweils für ein Jahr schlagen wir so eine praxisbezogene Brücke zwischen schulischen Lerninhalten und beruflichem Alltag. Uns eint die Überzeugung, dass Mädchen große Potentiale für diese Berufe haben. Dennoch ergreifen viel zu wenige von ihnen einen naturwissenschaftlichen, technischen oder handwerklichen Beruf.“

Informationen sind im Internet unter www.jump-in-mint.de zu finden.

BIG zieht Bilanz und ist zuversichtlich

♦ Nach der Fachveranstaltung zum zehnten Geburtstag am 13. November hat der der BIG e.V. positive Bilanz auch für das Jahr 2009 gezogen. Das Projekt BIG Prävention habe einige Erfolge zu verzeichnen, heißt es. „Die Arbeit an den Schulen lief kontinuierlich weiter und so konnten über 600 Kinder an den Workshops zur Prävention von häuslicher Gewalt teilnehmen“, berichtet der Verein. „Fast 200 Lehrer/innen und Horterzieher/innen sowie Kooperationspartner/innen der Schulen wurden vorher zum Thema Kinder und häusliche Gewalt sowie Handlungsmöglichkeiten weiter qualifiziert und über 200 Elternteile konnten auf den Elternabenden über häusliche Gewalt, deren Auswirkungen auf Kinder sowie über die Kinderworkshops informiert werden.“ Darüber hinaus haben die Aktiven das Projekt fast 500 Fachleuten vorwie-

gend aus Berlin, aber auch aus dem Bundesgebiet und dem Ausland auf Tagungen, bei Arbeitsgruppen, Seminaren und in Gremien vorgestellt. „Wir freuen uns über dieses große Interesse!“ Und so kann es weitergehen: Für das Jahr 2010 liegen bereits viele Anfragen vor, informierte BIG. Das zeige, dass das Thema schulische Prävention von häuslicher Gewalt stärker wahr- und angenommen werde. BIG-Geschäftsführerin Patricia Schneider ist insgesamt zuversichtlich: Der deutliche politische Wille des Senats, weiterhin engagiert gegen häusliche Gewalt vorzugehen, zeige sich auch darin, dass die Senatsfrauenverwaltung mit einer großen Kampagne zum Schutz von Frauen an die Öffentlichkeit wenden wolle, betonte sie bei der Geburtstagsfeier. Erfreulich sei auch die Mittelaufstockung für die BIG Hotline in diesem Jahr. sbr

Diskriminierung: BUG will Präzedenzfälle schaffen

♦ Menschen mit Behinderung, die nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Arbeitsleben teilnehmen können, sind auf staatliche Hilfe angewiesen. Die Armutsbetroffenheit alleinerziehender Frauen ist erheblich stärker als bei alleinstehenden Männern. Kinder mit Migrationshintergrund, die durchschnittlich geringere Bildungsabschlüsse erreichen, sind in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit stärker von Arbeitslosigkeit betroffen: Kontinuierlich werden öffentliche Mittel eingesetzt, um Konsequenzen solcher Ausgrenzungsphänomene zu bearbeiten. Deshalb liegt es im Eigeninteresse der gesamten Gesellschaft, Ausgrenzung und Diskriminierung so weit wie möglich zurückzudrängen. Gleichbehandlung gestaltet als positiver Gegenpol zur Diskriminierung und proaktives Element Arbeit, Wohnumfeld und gesellschaftliche Prozesse. Nur in einem Umfeld, das die Talente und Fähigkeiten aller nutzt und das Prinzip der Gleichbehandlung lebt, kann ein har-

monisches gesellschaftliches Klima entstehen. Vor dem Hintergrund dieses Wissens hat sich im April 2009 das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG) gegründet. Die Organisation unterstützt Personen, die im Fall einer Diskriminierung ihre Rechte vor Gericht einklagen wollen. Dies können Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Identität, des Geschlechtes, einer Behinderung, der sexuellen Identität, einer religiösen Zugehörigkeit oder des Alters sein.

Das BUG verfolgt die Vision, Deutschland zu einer weitgehend diskriminierungsfreien Gesellschaft zu machen, deren proklamiertes Prinzip der Gleichstellung und Gleichbehandlung aller hier lebenden Menschen in allen Bereichen des Lebens verwirklicht ist. Das Büro will die Nutzung, Umsetzung und Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vorantreiben und hierfür rechtliche Hilfe zur Verfügung stellen. Dies soll durch Ge-

richtsverfahren geschehen, die darauf ausgerichtet sind, Rechtssicherheit zu schaffen. Das BUG wird hierfür kompetente Anwälte zur Verfügung stellen und möchte besonders Klagen mit strategischem Potenzial übernehmen, um Präzedenzfälle zu erwirken. Diese Arbeit wird mit Lobby- und Netzwerkarbeit begleitet.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gibt den thematischen Handlungsrahmen der Organisation vor. Sie vertritt einen expliziten Menschenrechtsansatz, der Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung als Menschenrecht ansieht, das nicht nur eine soziale Verpflichtung, sondern auch ein unverrückbares Recht darstellt.

Kontakt: Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG), Vera Egenberger (Geschäftsführerin), Email: vera.egenberger@bug-ev.org, Telefon: 60 50 33 87.

Maßnahmepaket für Akzeptanz sexueller Vielfalt

♦ Der Senat hat jetzt ein umfassendes Maßnahmenpaket für mehr Verständnis für Schwule und Lesben und gegen Homophobie beschlossen: Berlin ist eine offene und tolerante Metropole; homosexuelle Menschen schätzen das liberale Klima. Doch auch in Berlin gibt es immer wieder Angriffe auf Schwule und Lesben und beklagen Homosexuellen-Organisationen Feindseligkeit und Abneigung in Teilen der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund hat das Abgeordnetenhaus im April 2009 die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ beschlossen, die der Senat nun mit Leben füllt. „Wir fördern Aufklärung, Schulung, Beratung, werden Kampagnen starten und vor allem das zivile Engagement in diesem Bereich unterstützen“, erläutert die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm (Linke): In dem Maßnahmenpaket sind mehr als 59 einzelne Aktionen enthalten sowie elf verschiedene Gesetze, die den Anforderungen zu Gunsten von mehr Verständnis für

Schwule und Lesben angepasst werden. Konkret geplant sind Aktivitäten, um Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Schulen und Jugendeinrichtungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei aus- und weiterzubilden, Führungspersonal der Verwaltung fortzubilden, Erfahrungen auszuwerten, die Menschen mit Diskriminierung gemacht haben und den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Berliner Einwanderungsgesellschaft zu fördern.

„Mit dieser Initiative hat Berlin seine führende Position bei der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und im Kampf gegen Diskriminierung ausgebaut“, betont Blum. Für die Umsetzung der Initiative stehen in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 2,1 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit Verbänden und Selbsthilfeorganisationen erarbeiteten die zuständigen Senatsverwaltungen den Maßnahmenkatalog, den der Senat jetzt beschlossen hat.

Termine**Aktuelle Tipps****Veranstaltungen**

www.lfr-berlin.de

Familienministerium umgezogen

♦ Seit dem 22. Februar befindet sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem neuen Dienstsitz im Regierungsviertel in Berlin-Mitte: Die rund 250 Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nun in das moderne Verwaltungsgebäude in der Glinkastraße eingezogen, das mit seinen kurzen Wegen optimale Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im Ministerium bietet. Der von den Architekten ASP Schweger Assoziierte entworfene Bau ist eingebunden in das durch Friedrichstraße, Gendarmenmarkt, Pariser Platz und Leipziger Platz definierte Gebiet der sich bereits seit 1688 entwickelnden "Friedrichstadt". In insgesamt sechs Jahren Bauzeit ist ein Gebäude entstanden, das zum Teil aus der Gründerzeit sowie aus der Weimarer Republik stammende Bauten mit einem funktionalen Neubau verbindet. „Die transparenten Glasfassaden unterstützen den Charakter des Bundesfamilienministeriums als Ort des Dialogs mit der Öffentlichkeit“, heißt es aus dem Ministerium.

SPD-Arbeitsgruppe Gleichstellung gegründet

♦ Anknüpfend an den beim Dresdner SPD-Parteitag beschlossenen „Aktionsplan Gleichstellung“ hat die SPD-Bundestagsfraktion Ende Januar eine Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellung eingesetzt. Sprecherin der AG ist Christel Humme, ihre Stellvertreterinnen sind Caren Marks und Mechthild Rawert. Für die SPD habe die Herstellung gleicher Chancen für Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen eine besondere Priorität, betont das Trio in einer Presseinformation. Und weiter: „Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz. Die freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft aus dem Jahr 2001 haben keine Fortschritte für Frauen gebracht. Deswegen brauchen wir verbindliche gesetzliche Regelungen, die dafür sorgen, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen und wir eine Quote von 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten erreichen.“

Lidl für Mindestlöhne - oder?

♦ Der Discounter Lidl ist bisher weniger durch arbeitnehmerfreundliche Geschäftspraktiken aufgefallen. Nun macht sich der Branchenriese überraschend für Mindestlöhne im Einzelhandel stark. Und prompt reagieren Konkurrenz und Gewerkschaften verhalten - kein Wunder angesichts des Überwachungsskandals. So werten Experten den Vorstoß als Versuch, das Lidl-Image aufzupolieren. Der DGB meint, die Debatte um den Mindestlohn in der Branche könnte allerdings auch neuen Schwung aufnehmen. Im „Mindestlöhne-Newsletter“ ist ein Brief an den Bremer Wirtschaftspräsidenten Rudolf Hickel nachzulesen, in dem Lidl-Aufsichtsratschef Klaus Gehrig erklärt: „Wir teilen Ihre Auffassung, dass im Einzelhandel unbedingt Mindestlöhne eingeführt werden müssen“. Und weiter heißt

es: „Damit würde die Möglichkeit und der Missbrauch von Lohndumping, der auch vereinzelt im Handel zu sehen ist, unterbunden.“ Laut DGB liegen die Tariflöhne bei den Discountern derzeit zwischen 7 und 8,70 Euro pro Stunde, eine ausgebildete Verkäuferin erhält zwölf Euro. Doch immer weniger Unternehmen zahlen nach Tarif. „Ein flächendeckender Mindestlohn im Einzelhandel ist also längst überfällig“, so der DGB. „Wenn der Vorstoß von Lidl dazu beiträgt - gut so.“ Hintergrund für die Debatte sind die laufenden Tarifverhandlungen im Einzelhandel. Wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaft auf eine verbindliche Lohnuntergrenze einigen, könnten die Tarifparteien beim Bundesarbeitsministerium einen Mindestlohn beantragen.

Neue Datenbank „Jungs willkommen!“

♦ Das Projekt „Neue Wege für Jungs“ stellt jetzt die bundesweite Datenbank „Jungs willkommen“ zur Verfügung, in der Betriebe, Verwaltungen und Schulen vielfältige Angebote zur Unterstützung von Jungen bei ihrer Berufs- und Lebensplanung präsentieren können. Hintergrund ist, dass männliche Jugendliche – ähnlich wie junge Frauen – noch immer aus einem engen Spektrum von Ausbildungsberufen und Studiengängen ihren Wunschberuf wählen und ihre Zukunftsplanung eingleisig an der männlichen Alleinernährerrolle ausrichten. Allerdings ist die traditionelle Männerrolle durch die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit und brüchiger Erwerbsbiografien immer seltener gefragt und für viele der heutigen jungen Männer nur noch schwer umzusetzen. Auch bei der Berufswahl ist eine Erweiterung des Spektrums dringend erforderlich, denn gerade im wachsenden Beschäftigungssektor der (sozialen) Dienstleistungsbranche und in der Gesundheitsbranche liegen Zukunftschancen, die Jungen zu wenig im Blick haben. Gerade in Arbeitsfeldern, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, sind junge Männer willkommen – wie beispielsweise als Erzieher

im Kindergarten oder als Pfleger für ältere Menschen und Kranke. „Neue Wege für Jungs“ hat mittlerweile ein bundesweites Netzwerk aufgebaut, in dem sich verschiedene Organisationen wie Arbeitsagenturen und Hochschulen, Verbände und Unternehmen, Behörden und Gleichstellungsbeauftragte, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sowie Träger der Jugendhilfe in ganz Deutschland engagieren. Seit dem Projektstart vor fünf Jahren haben bundesweit rund 150 Netzwerkbeteiligte Aktivitäten gestartet und werben für mehr Jungenförderung. Sie setzen ein deutliches Zeichen: Sie geben Jungen und jungen Männern die Chance, Rollenvielfalt zu erleben und eigene Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wer sich für männlichen Nachwuchs öffnen will, kann sich nun auf der Projekt-Website zum Beispiel als Anbieter für Schülerpraktika präsentieren. Berufsfachschulen, Fachhochschulen und Universitäten, Behörden und Dienstleistungsbetriebe, die Informationstage gezielt für Jungen anbieten, können die Datenbank nutzen. „Jungs willkommen!“ ist unter www.neue-wege-fuer-jungs.de im Internet zu finden.

Vorteil für Alleinerziehende

Neue Regelsätze bei Grundsicherung und Sozialhilfe unabweisbar

♦ Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 9. Februar entschieden, dass die Vorschriften im SGB II über die Regelsätze für Erwachsene und Kinder verfassungswidrig sind. Sie werden dem Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und dem Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe nicht gerecht. Die Bundesregierung ist im Interesse von rund 6,5 Millionen LeistungsempfängerInnen im SGB II (davon ca. 2 Millionen Minderjährige) und 1,13 Millionen LeistungsempfängerInnen (davon rund 25.000 Minderjährige) schnellstmöglich zu neuen gesetzlichen Regelungen aufgefordert. Hier ist Druck im Kessel: Das BVerfG fordert, dass bis Ende 2010 Neuregelungen gefunden sein müssen, die dann ab dem 1. Januar 2011 in Kraft treten. Das Gerichtsurteil ist ein Erfolg für all diejenigen, die schon in den vergangenen Jahren auf eine eigenständige Grundsicherung für Kinder gepocht haben. In der Realität wird es vor allem ein Gewinn für die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter, vor allem aber für die vielen Menschen – zu 70 Prozent Frauen – im Niedriglohnsektor sein. Das Gerichtsurteil ist auch ein Erfolg für all diejenigen, die sich dagegen verwahrt haben, dass PolitikerInnen und „Stammtische“ aus populistischen Gründen mit einem Senken der Grundsicherungsbeiträge oder gar mit dem Aussetzen der Zahlung drohen zum Beispiel für vermeintlich „faule“ Erwerbslose.

Transparenz bei der Ermittlung der Regelsätze

Mit seinem Urteil nimmt das BVerfG nicht unmittelbar Stellung zur Höhe der Leistungen bei Inkrafttreten des SGB II – 345 Euro für Erwachsene, 207 und 276 Euro für Kinder –, sondern beanstandet in erster Linie die Willkürlichkeit und Intransparenz der Berechnung der Bedarfssätze. Eine transparente, nachvollziehbare und sachgerechte Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs für Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen (so genannte Hartz-IV-Empfänger), soll

BVerfG-Beschluss

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass die Vorschriften des SGB II, die die Regelleistung für Erwachsene und Kinder betreffen, nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG erfüllen. Die Vorschriften bleiben bis zur Neuregelung, die der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 2010 zu treffen hat, weiter anwendbar. Der Gesetzgeber hat bei der Neuregelung auch einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherstellung eines unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarfs für die nach § 7 SGB II Leistungsberechtigten vorzusehen, der bisher nicht von den Leistungen nach §§ 20 ff. SGB II erfasst wird, zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums jedoch zwingend zu decken ist. Bis zur Neuregelung durch den Gesetzgeber wird angeordnet, dass dieser Anspruch nach Maßgabe der Urteilsgründe unmittelbar aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG zu Lasten des Bundes geltend gemacht werden kann.

Mehr zum Urteil im Internet unter www.bundesverfassungsgericht.de

bereits Ende 2010 vorliegen. Das schließt eine Neubestimmung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche mit ein. Nach den vorliegenden Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind besonders Frauen und alleinerziehende Frauen mit Kindern betroffen. Zum einen, weil Frauen überdurchschnittlich viel in Niedriglohnbeschäftigungen und in Teilzeitsjobs arbeiten. Und zum zweiten, weil Frauen mit Kindern wegen fehlender Betreuungsangebote überdurchschnittlich oft arbeitslos sind oder durch schlechte Entlohnung überdurchschnittlich oft auf die ergänzende Hilfe der Bundesagentur angewiesen sind. Ich plädiere dafür, diese Neudefinition als grund-

legende Chance zu nutzen, um die teilweise wirklich unsinnigen Berechnungsgrundlagen der bisher nur alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu verbessern: So ist für die meisten alleinerziehenden Mütter (und das sind inzwischen rund 45 Prozent der Mütter minderjähriger Kinder in Berlin) das Einbeziehen eines Anteils für einen Pelzmantel im so genannten Standardwarenkorb eher weniger interessant. Eine stärkere Berücksichtigung der Kosten für gesunde Ernährung wäre aber enorm wichtig.

Eigenes Existenzminimum für Kinder und Jugendliche

Ich selber rechne mit einer Anhebung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche. Schon lange fordere ich eine eigenständige Grundsicherung für Kinder: Wer mit Schulkindern zu tun hat, weiß, dass diese einen ganz anderen Appetit entwickeln als viele Erwachsene. Kinder brauchen für die Entfaltung ihrer individuellen Stärken, für gesundes Wachstum und Teilhabe an sinnvoller Freizeitbeschäftigung auch mehr als beispielsweise 3,10 Euro für Nahrungsmittel, 10,04 Euro für die BVG und 25,10 Euro für Bekleidung. Für Kinder fallen Einzelaufwendungen an, die mit den Pauschalen nicht ab zu decken sind, wie zum Beispiel die Einschulung oder Schulsachen. Natürlich ist die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern mehr als eine Geldleistung – doch Geld macht vieles erst möglich: Schon das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr für bedürftige SchülerInnen, das die SPD gegen den anfänglichen Widerstand der Union durchgesetzt hat, war ein bescheidender Versuch, die unzulänglichen Regelsätze zu ergänzen. Ebenso hilft die Sonderauswertung des kinderspezifischen Bedarfs für sechs- bis 13-Jährige seit dem 1. September 2009, die den Grundsicherungsbezug um 35 Euro pro Monat erhöht. Wichtig sind aber auch die Infrastrukturmaßnahmen, die allen Kindern und Jugendlichen dienen. Denn die Talente eines Kindes

weiter auf Seite 20

Vorteil für Alleinerziehende

weiter von Seite 19

sind nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig – wohl aber ihre Förderung und Umsetzung: Allen Kindern dient der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag, allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dient die in vielen sozialdemokratisch regierten Bundesländern vorhandene oder geplante Gebührenfreiheit für die Kitas, das kostenlose warme Mittagessen, die Lernmittelfreiheit und die Gebührenfreiheit des Studiums.

Zugleich kommt mit diesem Urteil wieder Bewegung in die von der SPD angetriebene Diskussion um die Mindestlöhne. Das BVerfG stellt in seinem Urteil auf die Wahrung der Menschenwürde ab: Wenn sich Arbeit lohnen soll, das heißt, Arbeitslöhne deutlich über den Bedarfssätzen für die Transferleistungen liegen sollen, muss es meiner Meinung nach einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen geben, der auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern ermöglicht, ohne staatliche Unterstützung ihr Leben zu bestreiten. Der beste Schutz vor Kinderarmut ist eine existenzsichernde Arbeit der Eltern.

Landesfrauenräte sind gefordert

Alleinerziehende, zu 90,1 Prozent Frauen, haben wenig Lobby. Schließlich bleibt zwischen Job oder Arbeitssuche, zwischen Kindern und Haushalt nicht viel Zeit und Kraft, sich für politische Vorstellungen und die Durchsetzung der eigenen Ansprüche zu engagieren. Gleiches gilt für die vielen Frauen, die im Niedriglohnsektor und mit Minijobs weit unter dem bezahlt werden, was ihnen eigentlich für ihre Arbeit zustehen würde.

Deshalb ist es um so wichtiger, gerade auch diese Gruppen bei den nun beginnenden politischen Verhandlungen zur Neubestimmung der Regelsätze und durch eine nachdrückliche Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zu unterstützen. Hierin liegt für die Mitgliedsorganisationen des LandesFrauenRates und seinen Vorstand ein drängendes gleichstellungspolitisches Erfordernis. Ich werde das meinige tun – wer macht mit?

Mechthild Rawert, MdB

ADS mit neuer Leiterin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat wieder eine Chefin: Mit Wirkung vom 8. Februar 2010 wurde Christine Lüders zur Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bestellt. Sie folgt damit Dr. Martina Köppen, deren Amtsverhältnis durch die Bundestagswahl seit dem 27. Oktober 2009 beendet ist. Bereits am 9. November 2009 hatte sich das schwarz-gelbe Bundeskabinett für eine Berufung von Christine Lüders entschieden. Allerdings hatte eine Mitbewerberin gegen das Verfahren geklagt, weil dem Kabinett lediglich Lüders als Kandidatin vorgeschlagen und somit kein richtiges Auswahlverfahren durchgeführt worden sei. Laut Bundesfrauenministerium ist Christine Lüders eine Expertin für Integration, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation. „Christine Lüders verfügt über langjährige Erfahrungen und vielfältige Verbindungen in Politik und Wirtschaft“, heißt es aus dem Ministerium. Die 56-Jährige war unter anderem als Vorstandsreferentin und Abteilungsleiterin bei der Lufthansa tätig, leitete das Referat Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen und war zuletzt Referatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Beauftragte für Stiftungen im Kultusministerium in Hessen. Die studierte Pädagogin ist verheiratet und lebt in Frankfurt am Main.

Laut § 26 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) endet das Amtsverhältnis der ADS-Leitung in der Regel mit dem Zusammentreten eines neuen Bundestages. Das AGG führt ferner aus, dass die Bundesministerin oder der Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Vorschlag der Bundesregierung eine Person zur Leitung der Antidiskriminierungsstelle ernennt, die in der Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist. An Lüders Vorgängerin hatte es genau zu diesem Punkt immer wieder Kritik gegeben. Ihr war eine zu große Nähe zur Wirtschaft vorgeworfen worden. So kritisieren unter anderem der DGB, der Deutsche Frauenrat und der Antidiskriminierungsverband

Deutschland die Arbeit der ADS als zu wirtschaftsorientiert. Die konkrete Hilfe für Betroffene käme zu kurz, der Beirat werde zu wenig in Beratungen mit einbezogen, hieß es.

Zwischenzeitlich hat sich am 20. Januar das Bündnis gegen Diskriminierung reaktiviert. Ziel des Bündnisses aus 16 Verbänden ist die Stärkung der Antidiskriminierungskultur in Deutschland. Die Verbände sind sich einig: Die von Diskriminierung betroffenen Menschen benötigen eine starke Lobby. Der Prävention müsse mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass trotz Inkrafttreten des AGG und der damit verbundenen Einrichtung der ADS die Perspektive der von Diskriminierung betroffenen Menschen sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft zu kurz gekommen sei.

Die Verbände, darunter der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), der Deutsche Frauenrat (DF), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Juristinnenbund (djv) und der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), setzen sich gemeinsam für eine Verbesserung des aktuellen Diskriminierungsschutzes, für die Umsetzung der neuen EG-Richtlinie und für eine effektive und ganzheitliche Antidiskriminierungspolitik ein. *sbr*



CSW-Tagung in New York

Die Revision und Bilanzierung der Aktionsplattform, 1995 auf der Vierten UN-Weltfrauenkonferenz in Peking verabschiedet, ist Tagesordnungspunkt der UN-Frauenrechtskommission (CSW), die am 1. März ihre 54. Sitzung in New York eröffnet hat. Zwei Wochen lang wird sich die CSW (Commission on the Status of Women) mit der Frage beschäftigen, ob und wie die weitreichende Vereinbarung bis heute in unterschiedlichen Regionen und Ländern dieser Welt

umgesetzt worden ist. Die Kommission wird sich über Erfahrungen und gute Praktiken ebenso austauschen wie über die mögliche Beseitigung immer noch bestehender Hindernisse. Und sie wird neue Fragen und Herausforderungen erörtern, die seit 1995 hinsichtlich von Frauenrechten und Gleichstellung weltweit entstanden sind.

Die CSW wurde 1946 als Fachkommission des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) eingerichtet.

Institut für Gleichstellungsfragen eröffnet

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) werde „uns in den kommenden Jahren wesentlich darin unterstützen, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und Diskriminierungen in ganz Europa zu bekämpfen.“ Mit diesen Worten begrüßte der EU-Kommissar für Chancengleichheit, Vladimir Špidla, die Eröffnung des Instituts am 16. Dezember 2009 im litauischen Vilnius. „Hier aus Vilnius werden Vorschläge kommen, die helfen werden, demokratische Werte zu stärken und Menschenrechte zu schützen“, ist sich auch Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė sicher.

Das EIGE soll die EU-Mitgliedsstaaten und die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission, dabei unterstützen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts zu bekämpfen und die Bürgerinnen und Bürger für Gleichstellungsfragen zu sensibilisieren. Europäisches Parlament und EU-Ministerrat hatten bereits im Dezember 2006 mit der Verordnung EG Nr. 1922 die Einrichtung eines europäischen Genderinstituts beschlossen. Danach hätte das EIGE schon Anfang 2007, spätestens aber im Januar 2008 arbeitsfähig sein sollen. Die Suche nach einer geeigneten Direktorin gestaltete sich aber schwierig: Erst Anfang 2009 kürten die 27 EU-Mitgliedsstaaten die Schwedin Virginija Langbakk einvernehmlich zur EIGE-Direktorin.

Um seinen Auftrag zu erfüllen, wird das Institut Informationen und Daten

zu Gleichstellungsfragen in allen Bereichen sammeln, analysieren und im Sinne eines Dialogs mit den relevanten Akteuren verbreiten. Dafür stehen ihm verschiedene Gremien zur Verfügung: der Verwaltungsrat (Entscheidungsorgan), ein Sachverständigenbeirat (Beratungsorgan) und die Direktion (Exekutivorgan). Der Verwaltungsrat legt das Arbeitsprogramm fest und verabschiedet den Haushalt, während der Sachverständigenbeirat die Direktorin dabei unterstützt, die wissenschaftliche Fachkompetenz und die Unabhängigkeit des Instituts sicherzustellen. Die Direktorin ist als rechtliche Vertreterin des EIGE für die laufenden Verwaltungsgeschäfte und die Umsetzung des Arbeitsprogramms zuständig. Darüber hinaus soll auf Vorschlag des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments ein Gender Equality Netzwerk entstehen. In das Netzwerk sollen wissenschaftliche Institute, Universitäten und die Zivilgesellschaft eingebunden sein, um den Informationsfluss über „Best Practice“ in den Mitgliedsstaaten zu garantieren.

Bis 2013 steht dem EIGE ein Etat in Höhe von 52,5 Millionen Euro zur Verfügung. In diesem Jahr werden etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die Einstellung von nationalen Sachverständigen ist geplant.

Kontakt: Europäische Kommission, Referat für Gleichstellung von Männern und Frauen, J-54 02/032, B-1049 Brüssel sowie unter ec.europa.eu/social/ im Internet.

Nationalversammlung verabschiedet Frauenquote

Die französische Nationalversammlung hat am 20. Januar 2010 in erster Lesung den Gesetzesvorschlag über eine Quotenregelung zum Ausgleich des Frauen- und Männeranteils in Aufsichts- und Verwaltungsräten und zur Gleichberechtigung am Arbeitsplatz angenommen. Der Text musste noch im Senat verabschiedet werden, um Gesetzeskraft zu erhalten.

Der Vorschlag war von mehreren Abgeordneten am 3. Dezember 2009 in die Nationalversammlung eingebracht worden. Er sieht vor, dass binnen fünf Jahren Aufsichts- und Verwaltungsräte je zu 40 Prozent mit Frauen besetzt werden müssen. Vorgesehen ist die schrittweise Einführung einer Frauenquote in den Führungsgremien großer Unternehmen. Betroffen sind die Aufsichts- und Verwaltungsräte, aber nicht die Vorstände börsennotierter Unternehmen und öffentlicher Unternehmen.

Zwei Stufen sind geplant: Drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes muss der Frauenanteil in den betroffenen Gremien mindestens 20 Prozent betragen. Verwaltungsräte, in denen bei Inkrafttreten des Gesetzes keine Frau vertreten ist, müssen innerhalb von sechs Monaten eine Frau wählen. Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes muss der Frauenanteil in den Führungsgremien dann 40 Prozent erreicht haben und nicht 50 Prozent, wie ursprünglich geplant.

Beim Nichteinhalten der Quoten sind alle Ernennungen (außer die der Frauen) ungültig. Ein Nachtrag der Nationalversammlung sieht außerdem vor, dass bei Nichteinhalten auch die Beratungen der Gremien gegenstandslos sind.

**Durchwahl zum LFR
030/785 70 10**

**Internet-Infos
www.lfr-berlin.de**

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

60 Jahre BPW Club Berlin - ein unbeschreibliches Gefühl

♦ Es war ein festlicher Anlass: nahezu 50 Frauen aller Altersgruppen saßen am 11. Februar erwartungsvoll im Wein Habel, unser 60. Geburtstag wurde gefeiert – zusammen mit der Kerzenfeier, die uns immer wieder daran erinnert, dass wir als Club eingebettet sind in einen weltweiten Verbund von Berufs- und Geschäftsfrauen. Zu Beginn konnte unsere Erste Vorsitzende Barbara Klose-Hecht Gäste begrüßen:

→ aus Deutschland: Dagmar Bischof, Präsidentin BPW Germany, und Vertreterinnen der Clubs Hamburg, Hamm, Münster, Wiesbaden München, Lübeck.

→ aus der Schweiz: Rosmarie Michel, Past President International, Club Zürich, Dr. Monique Siegel, Urberlinerin und heute Club Zürich sowie eine Vertreterin vom Club Basel.

Weitere Gäste, die sich gemeinsam mit uns für die Rechte der Frauen einsetzen, kamen vom Journalistinnenverband, vom Bund der Akademikerinnen, vom EWMD.

Zu Beginn erinnerte Barbara Klose-Hecht an die Geschichte unseres Clubs mit ihren Höhepunkten, aber auch Krisen in den vergangenen 60 Jahren. So stand zur Jahrtausendwende unser Club nahezu vor der Auflösung. Dank des Engagements beherzter Frauen hatten wir nach einigen Jahren wieder über 100 Mit-



glieder. Vieles ist geleistet worden, tolle Frauen haben den Weg ihres BPW Clubs Berlin mitgestaltet und sind heute noch dabei. Unsere Geschichte ist schon beeindruckend, und es ist ein stolzes Gefühl, dazu zu gehören. Aus den Grußbotschaften von Dagmar Bischof und den Vertreterinnen der deutschen Clubs konnten wir viele gute Wünsche für unseren weiteren Weg mitnehmen und es entstand ein schönes Gemeinschaftsgefühl.

Rosmarie Michel erinnerte an die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und hob die internationale Bedeutung unseres Frauennetzwerkes hervor.

Neujahrsempfang der Frauen-Union

♦ Von der Sonne verwöhnt waren zu Jahresbeginn weder die Berliner im Allgemeinen noch die CDU im Besonderen: Umso mehr freute sich **Edeltraut Töpfer** beim Neujahrsempfang der Frauen-Union (FU) der CDU Berlin an diesem klirrendkalten Winterwochenende über Sonne pur. Die schien nach endlosen Schnee- und Nebeltagen nicht nur wirklich vom azurblauen Himmel, sondern erwärmte offenbar auch die zahlreich erschienenen Parteimitglieder beiderlei Geschlechts. Die FU-Vorsitzende verteidigte denn auch in der CDU-Zentrale im Tiergarten nicht nur vehement die Bundespartei und Schwarz-

Gelb: Es habe keinen Fehlstart gegeben, aber selbst in einer Wunschkoalition müsste man sich erst einspielen. Derart behutsame Worte fand **Frank Henkel** dagegen nicht. Der Berliner CDU-Vorsitzende polterte gleich richtig los: Rot-Rot spalte die Stadt, die Bildungspolitik sei eine einzige Katastrophe und der Stern des Regierenden Bürgermeisters sinke. Die Sonne sank an diesem Nachmittag am 23. Januar auch, aber immerhin blieb die Hoffnung auf ihr Wiedererscheinen am nächsten Tag.

Juliane von Friesen

Mit viel Engagement und Leidenschaft berichtete sie von den verschiedensten Aktionen und von ihrer ersten Begegnung mit der Stadt Berlin und ihrer Liebe zu diesem Ort, den sie auch heute noch gern besucht.

Die anschließende Kerzenfeier zeigte wieder einmal, wie stark wir Frauen auf der Welt sein können und sind. Der festliche Rahmen, das Leuchten der Kerzen, welches nach und nach den Raum erhellte – wir zündeten für jedes Mitglied im internationalen Verband eine Kerze an – das war ein unbeschreibliches Gefühl der Verbundenheit.

Dass natürlich auch die Gaumenfreuden nicht zu kurz kamen, ist selbstverständlich. Berliner „Schmankerln“ als Vorspeise, ein Berliner Buffet sowie als Höhepunkt unsere Geburtstagstorte mit dem BPW-Symbol und strahlenden Wunderkerzen befriedigten alle Sinne. Noch lange wurde an den Tischen geredet, gelacht und diskutiert. Erst gegen Mitternacht machten sich die letzten auf den Heimweg durch ein total verschneites Berlin.

Text und Foto:
Barbara Klose-Hecht



Berlinere Frauenlauf

♦ Der AVON RUNNING Berliner Frauenlauf rennt von Rekord zu Rekord: Bei der 26. Auflage 2009 fanden sich bei idealem Laufwetter so viele Frauen und Mädchen auf der Straße des 17. Juni ein wie nie zuvor: 14.341 Teilnehmerinnen hatten sich angemeldet, rund zehn Prozent mehr als 2008. Im Ergebnis erhielten die Berliner Krebsgesellschaft und die Initiative Mamazone von Veranstalter SCC-RUNNING und Sponsor AVON jeweils 20.000 Euro. Beide Institutionen setzen sich mit dem Lauf für die Bekämpfung von Brustkrebs sowie für mehr Aufklärung bei diesem Thema ein.

Der 27. AVON RUNNING Berliner Frauenlauf findet am 8. Mai 2010 statt. Geplant sind folgende Wettbewerbe: 10 km Walking und Nordic-Walking, 800 m Bambini-Lauf, 5 km Lauf mit Zeitmessung, 5 km Lauf ohne Zeitmessung, 5 km Walking und Nordic-Walking, 10 km Lauf. Online-Anmeldungen sind bis zum 23. April 2010 möglich – sofern das Teilnehmerinnenlimit nicht vorher erreicht ist. Infos: www.berliner-frauenlauf.de

Benefizkonzert

♦ Die Otto-Sinfoniker Berlin spielen am 21. März 2010 in der Heilandskirche in der Thusnelda-Allee, 10555 Berlin-Moabit, zum Benefizkonzert zugunsten der 4. Berliner Freiwilligenbörse auf. In diesem Liebhaberorchester, 1983 gegründet, spielen rund 60 Musiker Programme von Barock über Spätromantik bis zur Moderne zweimal jährlich in großen Berliner Kirchen. Daneben gibt es Zusatzauführungen in öffentlichen sozialen Einrichtungen, auch für Menschen, die eher am Rande der Gesellschaft stehen. Unter der Leitung von Wolfgang Behrend musizieren die Sinfoniker Francis Poulenc' Sinfonietta und Brahms 4. Symphonie E-Moll – Opus 98.

Kartenbestellungen in Kontingenten zu je fünf oder zehn Karten im Paket – pro Karte 10 Euro gegen Vorauskasse – können unter landesnetzwerk@freiwillig.info bestellt werden.

Internet-Infos: <http://www.otto-sinfoniker.de> und <http://www.aktiv-in-berlin.info>

Abschied im Kunstgewerbemuseum

♦ Ein staatliches Museum als Familienerbstück? Die Schönbergers haben es vorgemacht: **Arno Schönberger** hieß der erste Direktor des Kunstgewerbemuseums (KGM) nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin (West). Er blieb es zehn Jahre von 1959 bis 1969. Dann trat 2001 seine älteste Tochter, **Angela Schönberger**, das „Erbe“ an und leitete das Haus ebenfalls fast ein Jahrzehnt. 2007 ausgezeichnet mit der „Goldenen Nase“, dem Preis der Modejournalisten, gelang es ihr, faszinierende Couture-Sammlungen, darunter die von **Uli Richter**, ins KGM zu holen. Der Modeschöpfer war ebenso zur Verabschiedung der Direktorin am 19. Februar ins Museum im Tiergarten geeilt wie Verlegerin **Friede Springer** und weitere mehr als 200 Gäste. Dass Angela Schönberger altersbedingt bye bye sagte, wollte kaum jemand glauben, so vital, ja jugendlich wirkte die gerade 65 Jahre Gewordene. Zum Abschied präsentierte **Michael Eissenhauer** die erste Neuerwerbung

des KGM im Jahr 2010: Zusammen mit Angela Schönberger enthüllte er die „Amazone“, ein Modellkleid aus der Tetrapak-Kollektion des Künstler **Stephan Hann**, das zum natürlich verbotenen Anfassen animierte. Die gleiche Faszination übte später das von **Hermann Parzinger**, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, präsentierte Milchtüten-Kleid aus. Sofort wurde darüber diskutiert, wie viel Milch man trinken müsste, um aus den Verpackungen ein Couture-Kleid zu fabrizieren. Da keine Milch angeboten wurde, gingen die Gäste jedoch schnell zum Sekt über. Höchst zufrieden zeigte sich der weibliche Teil der Gratulanten übrigens darüber, dass erneut eine Frau KGM-Direktorin wird: Auf **Barbara Mundt** und Angela Schönberger folgt ab April **Sabine Thümmel**. **Stephan Schwarz**, Vorstandsvorsitzender der Julius-Lessing-Gesellschaft, dem Freundeskreis des KGM, begrüßte sie schon einmal herzlich und versprach jederzeitige Unterstützung. JvF

Man muss das Selbstbewusstsein der Männer stärken, denn selbstbewusste Männer haben keine Angst vor emanzipierten Frauen.

Julia Dingwort-Nusseck,
deutsche Journalistin
und Managerin

Zonta lädt ein

♦ Alma Mahler-Werfels Leben steht im Fokus eines musikalisch-literarischen Abends am 29. April 2010: Schauspielerin Katrin Weisser liest aus zeitgenössischen Texten, am Flügel begleitet von der bosnischen Konzertpianistin Aida Sikira. Zu dem Benefizkonzert lädt der Zonta Club Berlin um 19 Uhr in die St. Matthäus-Kirche, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin-Tiergarten ein. An das Konzert schließt sich ein Empfang mit kulinarischen Köstlichkeiten an. Der Spendenlös geht an das Projekt „ZUFF-Zufluchtswohnungen für Berliner Frauen e.V.“

Karten in Spendenhöhe von 20 Euro sind ab 18 Uhr an der Abendkasse erhältlich und Reservierungen unter 897 26 165 und konzert@zonta-berlin.de möglich.

Spitzenpositionen

♦ In der Reihe Spitzenpositionen ist am 4. März um 18 Uhr Angela Schultze, Managerin des Lindencenter, zu Gast. Die Gesprächsreihe der frauenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Evrim Baba-Sommer, geht der Frage nach, wie der Anteil von Frauen mit Führungsaufgaben gesteigert werden kann, was sich als förderlich erweist und welche Hindernisse aus dem Weg zu räumen sind.

Anmeldung unter Telefon 23 25 25 92 oder Email elias@linksfraktion-berlin.de

Vielen Dank für ein tolles Jubiläumsjahr!

